

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.

Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinhilber, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petztafel oder deren Raum 60 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Arbeiterzersplitterer.

n. Aus Anlaß der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer in Zürich (August 1908) ist es zwischen dem Jesuitenpater Pesch und dem Abgeordneten Giesberts zu einer Auseinandersetzung über die alte Frage, ob für katholische Arbeiter die konfessionelle oder die interkonfessionelle Berufsorganisation, die Fachabteilung im Arbeiterverein oder die christliche Gewerkschaft vorzuziehen sei. Pesch gibt der konfessionellen Organisation den Vorzug, Giesberts tritt für die christlichen Gewerkschaften ein. Die Auseinandersetzung, die in der Presse begann, ist nachher, mit Zusätzen und Schlussbetrachtungen versehen, beiderseits als Schrift herausgegeben worden.*) Pater Pesch wendet gegen die interkonfessionellen Organisationen, im besonderen gegen die christlichen Gewerkschaften ein, daß sie durch die Interkonfessionalität zur Verbreitung eines verwaschenen Christentums beitragen, daß sie die katholischen Arbeiter der kirchlichen Autorität entziehen und schließlich dem Glauben entfremden. Giesberts verwendet demgegenüber viel Eifer darauf, nachzuweisen, daß das Gegenteil zutrifft, daß gerade den christlichen Gewerkschaften zu danken sei, wenn zahlreiche katholische Arbeiter, die sonst unsehbar dem Unglauben anheimgefallen wären, durch die christlichen Gewerkschaften der Religion noch anhängen. Der Unglaube ist für Herrn Giesberts verkörpert in der Sozialdemokratie und den ihr nahestehenden gewerkschaftlichen Organisationen, und so läuft denn letzten Endes das Lob, das er den christlichen Gewerkschaften spendet, hinaus auf das Geständnis, daß diese nach Möglichkeit die allgemeine Arbeiterbewegung zu bekämpfen und zu zersplittern beabsichtigen.

Giesberts schreibt: „Der konfessionelle Arbeiterverein beschränkt sich ganz naturgemäß auf an und für sich religiös denkende Arbeiter, bei denen im allgemeinen eine Gefahr des Verlustes ihrer Glaubensüberzeugung nicht besteht. Aber dies ist nur ein Bruchteil der Arbeiterschaft überhaupt. Tausende stehen an der Peripherie des religiösen Lebens; die modernen Zeitverhältnisse haben etwas religiös verflachend auch in der Arbeiterwelt gewirkt; dennoch haben jene Arbeiter noch nicht den Weg zur Sozialdemokratie und dem Unglauben getan und können deshalb für das Christentum und für die christlich-soziale Bewegung gewonnen werden. An diese Elemente kommen die christlichen Gewerkschaften heran, um die Gewinnung dieser Gruppe drängt sich der Kampf zwischen uns und der Sozialdemokratie, und von der Masse, die wir für unsere Gewerkschaften aus dieser Kategorie gewinnen, hängt überhaupt die Zukunft der christlichen Arbeiterbewegung ab. Es entspricht nicht der missionierenden Aufgabe des Christentums, diese indifferente Masse den ausgesprochen christentumsfeindlichen Gewerkschaftsrichtungen zu überantworten. Die Erhaltung und Wiedergewinnung dieser peripherischen Elemente für das Christentum ist mit ausschlaggebend für die Erhaltung der christlichen Kultur überhaupt. Daran kann und darf auch die katholische Kirche nicht achtlos vorübergehen.“

Man sieht, die Christlichen können so und können auch anders, wie's trefflich. Das eine Mal hören wir, daß ihre Gewerkschaften durchaus selbständige Organisationen sind, deren Aufgaben auf rein wirtschaftlichem Gebiete liegen; auch bekommt man gelegentlich zu hören, daß die christlichen Gewerkschaften es ablehnen, sich als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie gebrauchen zu lassen, mit dieser möchten sie diejenigen herumschlagen, die sie groß gezogen haben. Aber aber stimmt einer der Hauptführer der christlichen Arbeiterbewegung ein hohes Loblied darüber an, was alles die christlichen Gewerkschaften zur Rettung des Christentums zur Stärkung des Glaubens, zur Erhaltung der christlichen Kultur vollbracht haben sollen dadurch, daß sie der „christentumsfeindlichen Gewerkschaftsrichtung“ entgegenwärt, daß sie den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln geführt haben. Die Frage muß sich von den christlichen Gewerkschaften darüber entscheiden lassen, wie man für die „Erhaltung der christlichen Kultur“ wirkt und wie die „missionierende Aufgabe des Christentums“ richtig zu erfüllen ist. Päpstlicher als der Papst gebärdet sich hier die christlichen Gewerkschaften! Ja, die christlichen Gewerkschaften haben teilweise mehr geleistet als die Kirche. Giesberts stellt fest, „daß ganze

Städte und Landstriche katholischer Gegenden in Deutschland heute vollständig der Sozialdemokratie verfallen sind, ja daß in einigen katholischen Gegenden sogar Klagen laut werden, daß selbst auf dem Lande die Sozialdemokratie Fortschritte macht“. Das kommt, wie Herr Giesberts meint, daher, daß man „die Kraftquelle des Katholizismus nicht aufgeschlossen“, das heißt keine christliche Arbeiterbewegung geschaffen habe. Das sei erst von den christlichen Gewerkschaften geschehen. Und nun erzählt Herr Giesberts eine Begebenheit aus seinem Leben, wie er in einer zu drei Viertel katholischen Stadt vergebens versucht habe, die dortigen Geistlichen zur Gründung eines Arbeitervereins anzuregen, was abgelehnt worden sei mit der Begründung, daß es am Orte vorläufig noch keine Sozialdemokraten gebe. Dann schreibt Herr Giesberts: „Genau drei Monate später brach der große Maurerstreik aus; im Zeitraum von wenigen Wochen hatte der sozialdemokratische Verband über 2000 katholische Arbeiter organisiert. Und nachdem die Maurer Dämme gelegt hatten in die „schwarze Hochburg“, folgten allmählich die Holzarbeiter, Metallarbeiter usw. Heute kämpfen in jenem katholischen Orte ein kleiner Arbeiterverein und einige Gruppen der christlichen Gewerkschaften einen schwierigen Kampf gegen die sozialdemokratischen Organisationen, die fast ausnahmslos aus katholischen Arbeitern bestehen. Dieses Beispiel könnte noch durch Dutzende anderer ergänzt werden.“

Man merke: von sozialistischer Seite werden in einer Stadt, wo sich die Ultramontanen völlig passiv, ja ablehnend der Organisierung der Arbeiter gegenüber verhalten, die Arbeiter gewerkschaftlich zusammengeschlossen. Herr Giesberts, der Arbeitersekretär, fragt nicht danach, ob die so geschaffene Organisation zum besten der Arbeiter wirkt; die Tatsache, daß die Arbeiter nicht christlich organisiert sind, genügt ihm, um in Bedauern darüber auszubrechen, daß der Kampf gegen diese Organisation nur von einem kleinen Arbeiterverein und einigen christlichen Gewerkschaftsgruppen geführt werden kann. Denn daß der Kampf gegen sozialistische Organisationen unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu führen ist, darüber besteht für Herrn Giesberts kein Zweifel. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist diesem Manne die Hauptsache. Deshalb bedauert er es auch, daß die christlichen Gewerkschaften sich nicht mehr bemühen, in der Zeit, wo die Arbeiterbewegung sich zu entspannen und in ihnen das soziale Bewußtsein zu erwecken und in ihnen die sozialen Fragen lösen werde. Dann heißt es: „Aber wenn dieser Begeisterungsrausch verfliegen war und die nackte Wirklichkeit in der Gestalt schlechter Resultate in der Gewerkschafts- und Krankenversicherung wieder vor uns stand, oder wenn bei Streiks die Mitglieder, weil sie nicht gewerkschaftlich organisiert waren, in Konflikt kamen und notgedrungen den sozialdemokratischen Gewerkschaften beitraten, dann sagte sich doch der einsichtsvolle Arbeiterpräsident: Es fehlt irgendwo bei uns. Die Arbeiter aber sagten sich: Der Arbeiterverein ist sehr schön und gut, aber wer hilft uns zu besseren Löhnen und schützt uns vor ungerechter Ausnutzung unserer Arbeitskraft. Und dann kam die Erkenntnis! Aber sie kam reichlich spät, sie kam erst, als die Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften fast alle Gebiete besetzt hatte. . . Hätten wir die christliche Gewerkschaftsbewegung zehn Jahre früher gehabt und wären die katholischen Arbeitervereine früher zu ihrer heutigen Auffassung ihres Aufgabenkreises gekommen, die Sozialdemokratie hätte im Westen Deutschlands die Ausbreitung nicht erlangt, die sie jetzt hat.“

Was geht aus alledem hervor? Die christlichen Gewerkschaften verdanken ihre Entstehung dem Vordringen der Sozialdemokratie in katholische Gebiete; sie sind ins Leben gerufen, um die Massenbewegte Gewerkschaftsbewegung und damit die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und das ist, wie aus den Darlegungen von Giesberts hervorgeht, auch heute noch ihre hauptsächlichste Aufgabe. Den Glauben, die christliche Kultur sagt man — und die Interessen der Kirche und des Zentrums meint man, Herr Giesberts setzt nicht umsonst auf dem Titelblatt seiner Schrift dem Namen auch seine parlamentarischen Würden als Zentrumsgesandter zu — ein Beweiss, daß er die politische Aufgabe des Zentrums nicht über der „missionierenden Aufgabe des Christentums“ zu vergessen beabsichtigt. Und so treibt er denn mit feinesäulichen im Dienste

der Zentrumsparterie sein arbeiterzersplitterndes Werk — bis die katholischen Arbeiter, die schon so manches gelernt haben, auch dahin kommen, die wahre Gesinnung derjenigen zu durchschauen, die sich ihnen als Glaubensstreiter empfehlen, während sie die Dienste arbeiterfeindlicher Parteien verrichten.

Die Ausstellung für Wohnungseinrichtungen in Berlin.

Im Frühjahr 1907 haben die Berliner Tischlermeister einen Geniestreich gemacht. Um den Arbeitern ihren Willen aufzuzwingen, haben sie eine große Ausperrung inszeniert und auch ihre Kollegen in einer Reihe anderer Orte veranlaßt, ihrem Beispiel zu folgen. Dieser umfangreiche und langwierige Kampf hat auf beiden Seiten schwere Opfer gekostet, die jedoch von den Arbeitern, insofern leichter getragen werden konnten, als ihnen beim Friedensschluß wesentliche Zugeständnisse gemacht werden mußten. Die Unternehmer waren schlimmer daran. Nicht nur, daß der während der Ausperrung entgangene Verdienst vom Schutzverband nur zu einem Teil ersetzt wurde, mußten sie nach Beendigung des Kampfes noch die Kriegskosten in Gestalt höherer Löhne bei verkürzter Arbeitszeit bezahlen.

Dieser Schaden wäre schließlich noch zu ertragen gewesen, wenn nicht ein sehr wesentliches Moment hinzugekommen wäre. Kurz nach Beendigung der Ausperrung setzte die scharfe wirtschaftliche Krise ein, die auch heute noch nicht überwunden ist. Unter den Wirkungen der Krise hat die Berliner Holzindustrie ganz besonders schwer zu leiden, und daran tragen die Tischlermeister selbst schuld durch ihre Ausperrungsrout. Nicht als ob der Geschäftsrückgang vermieden worden wäre, wenn sie nicht ausgesperrt hätten. Aber durch die Ausperrung haben sie erreicht, daß die Arbeitslosigkeit einen weit größeren Umfang annahm, als das ohne diese Maßnahme der Unternehmer der Fall gewesen wäre.

Während in den Berliner Tischlereien auf Befehl des Arbeitgeber-Schutzverbandes gefeiert werden mußte, ging die Welt ihren Lauf und das reguläre Bedürfnis an Produkten der Holzindustrie mußte befriedigt werden. Da die Berliner Tischlermeister nicht liefern wollten, sahen sich die Konsumenten nach anderen Bezugsquellen um, und den auswärtigen Konkurrenten fiel es nicht ein, aus kollegialen Rücksichten auf ein Geschäft zu verzichten. Im Gegenteil, sie gaben sich alle Mühe, die neugewonnene Kundenschaft zu erhalten und sie dauernd von Berlin abwendig zu machen. Die Berliner Unternehmer sahen sich in die Rolle des betäubten Rohgerbers veretzt, dem die Felle fortgeschwommen sind. Die Zahl der Berliner Tischlergehilfen dürfte sich in den letzten drei Jahren um etwa 5000 bis 6000 vermindert haben und von den noch am Ort verbliebenen sind noch einige Tausend beständig arbeitslos. Aus dieser Tatsache läßt sich leicht ein Schluß ziehen auf den Beschäftigungsgrad in den Betrieben und den Profitrückgang der Unternehmer.

Dieser Notstand war es hauptsächlich, der die Berliner Tischlerinnung und die Berliner Arbeitgeberverbände in der Holzindustrie veranlaßte, sich mit dem Gedanken der Arrangierung einer Ausstellung zu befassen, in welcher einem größeren Publikum die Leistungsfähigkeit der Berliner Holzindustrie vor Augen geführt wird. Auf diesem Wege, so hoffte man, müßte es gelingen, die verlorenen Absatzmärkte wieder zu gewinnen, und wo möglich noch neue dazu zu erobern. Am 15. Mai wurde die bis Ende August währende „Ausstellung von Wohnungseinrichtungen und Erzeugnissen der Berliner Holzindustrie“ in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten in Berlin mit dem bei solchen Gelegenheiten üblichen Tamtam eröffnet. Die architektonische Gestaltung der Ausstellung lag in den Händen des Regierungsbaumeisters a. D. Schilbach, der seine Aufgabe in zufriedenstellender Weise gelöst hat. Gewiß hätte man manches in der Anlage anders gewünscht, man darf jedoch bei der Kritik nicht übersehen, daß der Architekt an die vorhandenen Baulichkeiten gebunden war, und er sich darauf beschränken mußte, diese in der zweckmäßigsten Weise den Bedürfnissen anzupassen.

Die einzelnen Ausstellungsobjekte haben eine recht verschiedenartige Beurteilung erfahren. In den Feuilletons der Tagespresse ist über die Ausstellung in ihrer Gesamtheit und über viele Einzelaussteller manches recht freundliche Urteil gefällt worden, auf der anderen Seite hat es aber auch nicht an Stimmen gefehlt, die sich in sehr

*) Heinrich Pesch S. J.: Ein Wort zum Frieden in der Gewerkschaftsfrage. Arier 1908. Johann Giesberts: Friede im Gewerkschaftskampf. Köln 1909.

kritischer Weise äußerten. Insbesondere wird kritisiert, daß die Mehrzahl der ausgestellten Zimmer den Eindruck der Probenhaftigkeit erweckt. Es fehlt an Zimmereinrichtungen, deren Preis für den Mittelstand, geschweige denn für die minderbemittelten Bevölkerungsklassen erschwingbar wäre. Diese Urteile sind vollständig berechtigt. Die meisten Aussteller haben sich offenbar von dem Gedanken leiten lassen, daß sie ihr technisches Können und ihre Leistungsfähigkeit nur beweisen können, wenn sie recht kostbare und luxuriös ausgestattete Stücke zur Schau stellen. Wichtig ist diese Ansicht unseres Erachtens nicht, und die Ausstellung hätte zweifellos gewonnen, wenn neben den kostbaren Prunkstücken auch einfachere Sachen ausgestellt gewesen wären, die deshalb noch keine zusammengeschauenen Mamotten hätten sein brauchen.

Andere Kritiker rügen es, daß man von der modernen Stilrichtung so wenig auf der Ausstellung zu sehen bekommt. Es werden Vergleiche gezogen zwischen der Berliner Ausstellung und ihren Vorgängern in Dresden, München und Darmstadt, die sehr zu Ungunsten Berlins ausfallen. In diesen Streit der Kunstgewerbler und Möbelarchitekten möchten wir uns an dieser Stelle nicht einmischen. Es ist zweifellos, daß das, was man den modernen Stil nennt, in siegreichem Vormarsch begriffen ist und sich trotz aller Widerstände unaufhaltsam Bahn bricht. Aber noch ist das Alte lange nicht überwunden, ihm erstehen noch streitbare Kämpfer, die sich um so ungebärdiger geben, je mehr die Zahl ihrer Anhänger zusammenschmilzt. Anscheinend sind diese Anhänger des Alten unter den künstlerischen Beratern der Berliner Möbelindustrie noch recht stark vertreten.

Der Arbeiter, der sich seinem Werk mit Liebe widmet, bleibt von den Strömungen im Kunstgewerbe nicht unberührt, er kann aber seinen Neigungen nur in den Mußestunden nachgehen. In der Werkstatt muß er, unbekümmert um seine Sympathien oder Antipathien seinen Ehrgeiz darein setzen, jede Arbeit in tadelloser Weise auszuführen. Betrachtet man die Ausstellung von diesem Gesichtspunkt, dann muß man gestehen, daß sie uns ein Bild höchster Vollkommenheit bietet. Man mag an den Formen und Farben der Ausstellungsobjekte, je nach dem Standpunkt des Beurteilers, manches aussetzen haben, aber kein Kritiker kann bestreiten, daß die Tischlergesellen fast durchweg eine äußerst exakte Arbeit geliefert haben. Der Fachmann, der mit kritischem Blick durch die Ausstellung wandert, wird wohl da und dort einen Fehler entdecken, der dem Laien entgeht, aber das Gesamturteil kann das nicht beeinflussen. Tatsächlich steht das Berliner Tischlergewerbe, zum mindesten insoweit als das technische Können der Arbeiter in Betracht kommt, auf einer recht hohen Stufe. Man begegnet ja noch, und das trifft nicht nur auf Berlin zu, hin und wieder Klagen über die geringe Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die von kurzfristigen Unternehmern ausgehen; ein Gang durch die Ausstellungsräume beweist jedoch, wie wenig berechtigt solche Klagen sind. Wir könnten es deshalb, auch von unserem Standpunkt aus, nur lebhaft begrüßen, wenn die Ausstellung den erwarteten Erfolg bringt. Die letzten beiden Jahre waren eine so eindringliche Lehre für die Berliner Tischlermeister, daß man wohl zu der Hoffnung berechtigt sein darf, daß sie sich sobald nicht wieder dermaßen ins eigene Fleisch schneiden, wie sie es schon wiederholt und zuletzt im Jahre 1907 getan haben.

So sehr man auch der Ausstellung ein möglichst gutes Ergebnis wünscht, so kann doch eine übertriebene Reaktion diesem Ziele nur Abbruch tun. Das will es heißen, als hätte die „Fachzeitung“ in dieser Beziehung des Guten etwas gar zuviel. Als offizielles Organ der Verbände, welche die Ausstellung veranstaltet haben, ist es ihr gutes Recht und ihre Pflicht, für diese Propaganda zu machen. Aber die Art, wie die „Fachzeitung“ mit den Kritikern umspringt, die nicht in die hohen Töne der Begeisterung einstimmen, die sie selbst anschlägt, muß dem objektiven Beobachter mißfallen. So hat sich der „Vorwärts“ recht abfällig darüber ausgesprochen, daß man der modernen Stilrichtung auf der Ausstellung ein so geringes Verständnis entgegenbringt und dafür um so mehr prohenhaften Luxus zur Schau stellt. Das hat die „Fachzeitung“ begeisterteste Weise verbroffen. Aber statt sich in sachlicher Weise mit dem Kritiker auseinanderzusetzen, was man allenfalls hätte verstehen können, unterstellt sie ihm die niedrigsten Motive, indem sie ihm nachsagt, er hätte sich bei seinem Referat vom Parteistandpunkt beeinflussen lassen. Dabei passiert ihr nun das Bede, daß der politische Antipode des „Vorwärts“, die konservative „Deutsche Tageszeitung“, eine Kritik brachte, die sachlich mit der des „Vorwärts“ durchaus übereinstimmte. Angesichts dieser Erscheinung ging der guten „Fachzeitung“ der Witz aus, und sie behilft sich mit einem Verlegenheitsgestammel von den Gegenfähen, die sich berühren.

Schwerer als die Urteile der Tageszeitungen wiegt die Kritik der Fachpresse. Bisher liegen in dieser nur wenige Meinungen vor. Eine eingehende Besprechung bringt der „Deutsche Tischlermeister“, aber was er sagt, klingt wenig schmeichelhaft für die Ausstellung. Im Grunde genommen sind aber die bisher über den Gegenstand erschienenen Artikel nur eine sachliche Begründung der in den oben erwähnten Blättern abgegebenen Urteile. Die „Fachzeitung“ weiß damit nichts weiter anzufangen, als dem unbequemeren Kritiker zu unterstellen, sein Urteil sei ein Machwerk, weil dem „Deutschen Tischlermeister“ für seine Teilnahme an dem Zeitungslesesaal nicht der verlangte Vorzugspreis eingeräumt wurde. Uns geht

der „Deutsche Tischlermeister“ nichts an, und wir haben keine Veranlassung, eine Lanze für ihn einzulegen. Als unbeteiligte Zuschauer können wir aber nur sagen, daß diese Methode der „Fachzeitung“, den Gegner zu bekämpfen, nicht schön genannt werden kann.

Dabei ist es doch wirklich nicht schwer, den Grund für die so verschiedenartige Beurteilung zu entdecken, welche die Ausstellung in den Kreisen der Kunstgewerbler findet. Es ist der Kampf zwischen den Vertretern der verschiedenen Kunstströmungen, der gerade gegenwärtig hohe Bogen schlägt. Was der eine als den Ausdruck der höchsten Schönheit empfindet, das beleidigt das ästhetische Gefühl des anderen, und jeder ist von der Richtigkeit seiner Anschauungen überzeugt. Kein Wunder, daß sich bei der Kritik der Ausstellung die Urteile so diametral gegenüberstehen. Diese Meinungsverschiedenheit bezieht sich jedoch nur auf die Art, in welcher die Möbelarchitekten ihre Aufgabe gelöst haben, in bezug auf die Ausführung ist kein Tadel laut geworden. Wir können mit Genugtuung das hohe Maß von Kunstfertigkeit anerkennen, welches die Verfertiger der Ausstellungsstücke an den Tag gelegt haben.

Amerikanische und deutsche Arbeiterlöhne.

Der amerikanische Bundes Senat in Washington hatte sich vor kurzem mit einer Angelegenheit zu befassen, die auch für die deutschen Arbeiter nicht ohne Interesse ist. Der amerikanische Verband der Woll- und Strumpfwarenfabrikanten hatte in einem Bericht Klage über die deutsche Schmutzkonturrenz geführt. Infolge der niedrigen Arbeiterlöhne seien die deutschen Fabrikanten in der Lage, trotz Transportkosten und Zölle die Waren billiger nach Amerika einzuführen, als die amerikanischen Fabrikanten sie herzustellen vermöchten. Um diesem Bericht entgegenzutreten und einer etwa drohenden Zoll-erhöhung vorzubeugen, hat dann die deutsche Regierung den amerikanischen Behörden eine Darstellung über die Löhne der deutschen Arbeiter unterbreitet, die, wenn der Bericht der „New Yorker Volkszeitung“ den Tatsachen entspricht, ein grober Täuschungsversuch ist. Nach dem angezogenen Bericht heißt es in der amtlichen Darstellung:

„Die in dem Bericht des „Nationalverbandes“ der Fabrikanten von Strumpfwaren und Unterleibung“ enthaltene Darstellung über die deutsche Hausindustrie und der in ihr bezahlten Hungerlöhne entbehrt der Begründung. Seit Jahren bestehen die geschilderten Zustände nicht mehr. Gegenwärtig werden alle Artikel der Wollbranche in Fabriken hergestellt. Hauptächlich infolge der Einführung von Maschinen sind die Löhne in Sachsen prozentmäßig nicht weniger gestiegen wie in Amerika. Gegenwärtig verdient ein Arbeiter im großen und ganzen einen Durchschnittswochenlohn von 6,42 Dollar *) bis 7,14 Dollar; mitunter kann aber auch ein Wochenverdienst von 11,90 Dollar bis zu 14,28 Dollar nicht als Ausnahme bezeichnet werden.“

Hier soll also den Amerikanern weisgemacht werden, daß den sächsischen Textilarbeitern, deren jämmerliche Entlohnung geradezu sprichwörtlich geworden ist, ein normaler Wochenlohn von 27 bis 30 Mk. gezahlt wird und daß Wochenverdienste von 50 bis 60 Mk. durchaus nicht zu den Ausnahmen gehören. Man faßt sich bei dieser amtlichen Darstellung deutscher Arbeiterverhältnisse unwillkürlich an den Kopf und legt sich die Frage vor, ob denn alles, was man bisher vom Elend gerade der sächsischen Textilproleten wußte, etwa auf einer Einbildung beruht. Wie haben wir in Deutschland keine amtliche Lohnstatistik, aus der wir mit einem Blick den genauen Sachverhalt erfahren könnten, doch soll es uns auf einigen Umwegen schon gelingen, einigermaßen Aufschluß über die tatsächliche Verdiensthöhe unserer Arbeitergruppe zu erhalten. Wohl könnten wir Bezug nehmen auf zahllose Berichte der Arbeiter selbst, aber diese unzufriedenen Elemente pflegen bekanntlich aus reiner Luft am Stänkern über ihr vorgekauftetes Elend zu wehklagen. Wir halten uns also an objektivere Darstellungen und nehmen uns zunächst den Bericht der Unfall-Vereinsgenossenschaft zur Hand. Da erfahren wir nun, daß 1906 in der sächsischen Textilgruppe 233 952 Personen mit einem Jahresverdienst von insgesamt 168,7 Mill. Mk. versichert waren. Wir ermitteln uns danach den durchschnittlichen Jahresverdienst, und es ergibt sich — kaum trauen wir unseren Augen — auf den Kopf die Summe von 721 Mk. oder pro Tag 2,40 Mk.

Man belehrt uns aber sofort, daß unsere Rechnung nicht stimmt! Von der Berufs-genossenschaft werden die 4 Mk. pro Tag übersteigenden Löhne nur zu einem Drittel angerechnet. Zwar will uns nach dem angeführten Ergebnis bedünken, als ob nicht allzuviel solch hoch Entlohnter vorhanden sein können, aber wir möchten auch den bloßen Schein einer falschen Darstellung vermeiden. Wir stoßen nun bei der Suche nach weiteren Statistiken auf die detaillierten Lohnberichte der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgebung, bei der auch einige Tausend Textilarbeiter versichert sind. Von diesen erzielten 20,1 Prozent den in der Denkschrift als normal bezeichneten Verdienst von über 27 Mk. pro Woche; dagegen müssen sich 23,4 Proz. mit einem Verdienst von 24 bis 27 Mk. begnügen, 15,8 Proz. fallen in die Klasse von 19,50 bis 21. März, 21,4 Proz. in die von 15 bis 21 Mk. und 16,7 Proz. haben einen Wochenlohn von 15 Mk. und 16 dar- unter. Die Mehrzahl der Wochenlöhne bewegt sich also unter 21 Mk. Dabei ist die Leipziger Lohnstatistik insofern unzulänglich, als sie nur die

*) 1 Dollar = 4,20 Mk.

höchstentlohnnte Elite der Arbeiterschaft trifft; eine genaue Enquete aus den Glendagegenden der sächsischen Textilindustrie (Crimmitschau) würde noch weit, weit ungünstigere Ergebnisse zutage fördern. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen vermag man erst die unglaubliche Dreistigkeit des amtlichen Berichtes zu ermessen. Es wäre wirklich interessant, genaueres über die amtliche Quelle zu erfahren, aus der dieser Schwindelerguß geflossen ist.

Nachdem die amtlichen Berichterstatter in der angegebenen Weise den deutschen Textilarbeitern eine Lohn-erhöhung errangen, gegen die alle Erfolge gewerkschaftlichen Kampfes verblaffen müssen, können sie nun triumphierend verkünden, daß der Lohn der deutschen Arbeiter „nur noch um zwei- bis zweieinhalbmal so niedrig sei wie derjenige ihrer amerikanischen Kollegen“. Aber das will nichts besagen, denn

„dieser Unterschied wird so gut wie ausgeglichen durch die Tatsache, daß die Kosten der Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten annähernd doppelt so hoch sind wie in Deutschland.“

Das getraut sich eine amtliche Stelle zu sagen in einer Zeit, in der durch eine wahnsinnige Zollpolitik in Deutschland für die wichtigsten Lebensmittel weit höhere Preise zu zahlen sind als der Weltmarktpreis beträgt! Zur Illustration eine Tatsache: Am 25. Mai d. J. stellte sich nach der Marktberichten der Weizenpreis pro 1000 Kilogramm in New York auf 223,05 Mk., in Berlin auf 268,75 Mk.

Eingehende Untersuchungen über die Lebensverhältnisse der amerikanischen Arbeiter hat im Jahre 1906 der Professor Werner Sombart an Ort und Stelle vorgenommen und die durch reiches Ziffernmateriale beglaubigten Ergebnisse im „Archiv für Sozialwissenschaft“ niedergelegt. Wir können hier auf die Einzelheiten nicht eingehen und beschränken uns auf einige wesentliche Angaben. Die wichtigsten Lebensmittel sind in Amerika eher niedriger als in Deutschland. (Durch die inzwischen eingetretene Teuerung in Deutschland dürfte nun eine erhebliche Differenz zugunsten unseres Landes eingetreten sein. Ganz bestimmt trifft das auf Getreide und Fleisch zu.) Die amerikanischen Wohnungen sind billiger als die deutschen. Der amerikanische Arbeiter zahlt zwar Mieten von 40 bis 50 Mk. im Monat, bewohnt dafür aber auch 5 bis 8 Zimmer; er würde es mit Entzückung vorsehen, in ein- und zweizimmerigen Bazillenhöhlen zu wohnen, die bei dem deutschen Arbeiter leider die Regel sind. Für Kleidung legt der amerikanische Arbeiter mehr an, als sein deutscher Kollege, doch stellt Prof. Sombart fest, daß bei gleicher Qualität die Preise für Bekleidungsgegenstände gegen die deutschen keinen Unterschied aufweisen. Summarisch faßt Sombart zusammen: Der amerikanische Arbeiter erzielt einen zwei- bis dreimal so hohen Lohn als der deutsche, während die Kosten der notwendigen Unterhaltsmittel die gleichen wie in Deutschland sind.

Warum die deutsche Regierung so schamhaftig einen beschönigenden Schleier über das wirtschaftliche Elend der deutschen Arbeiter zu breiten versuchte, ist ja leicht zu begreifen. Die Arbeiter selbst aber haben keine Ursache, diese schwindelhaften Angaben zu bekräftigen. Am allerwenigsten gegenüber der deutschen Regierung. Die Lage der deutschen Arbeiter würde sich nicht so erbärmlich gegen die Verhältnisse jenseits des Ozeans abheben, wenn wir in Deutschland die gleichen politischen Rechte und die gleiche Freiheit des Handelns hätten, wie das die amerikanische Arbeiter jetzt für sich beanspruchen darf. Aber die deutsche Regierung hat es noch immer als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, den Unternehmern bei der Ausbeutung der Arbeiter willfährig Hausrechtssdienste zu leisten. Zahllos sind die Fälle, wo die Kämpfe der Arbeiter um höheren Lohn erbarmungslos mit dem Polizeiknüppel niedergeschlagen wurden. Das ist mit einer wesentlichen Ursache, daß, wie der besprochene Fall zeigt, die deutsche Industrie auf der Grundblase von Hungerlöhnen erfolgreiche Schmutzkonturrenz im Auslande betreiben kann.

Nationalismus und Internationalismus.

II.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der deutsche Arbeiter an und für sich ein viel größeres Interesse an seinem Vaterlande hat als die reichen Leute, die ihrer Meinung nach ein Patent auf ihre Vaterlandsliebe genommen haben. Wir haben im vorigen Artikel mit Beispielen belegt, wie wenig die Angehörigen des Adels die Grenzen des Landes respektieren, in dem sie gerade ihr Leben zubringen, und wie sie ihr Vaterland wechselt, wenn sie Vorteil davon haben. Infolge von Verwandtschaft und Verschwägerung entwickelt sich unter ihnen der Internationalismus zu einer Selbstverständlichkeit, und wenn sie unter sich sind, so lachen sie über das Volk, das seine Scholle gebunden ist und für den heimischen Schwärmt.

Diese blaue Internationale macht sich überall bemerkbar, wo etwas los ist. In den internationalen Luxusbädern und Kurorten, bei Pferden- und Automobilrennen, Jagden und Wandern und nicht zum wenigsten in den Spielhöhlen sammelt sich die Blüte der verschiedenen Nationen; die Edelsten und Besten aller Völker finden dort ein und verkehren miteinander, als ob es keine nationale Schranken mehr gäbe. Ein Gevirk aller möglichen Sprachen ist dort zu vernehmen, wie weiland Babel Turmbau zu Babel, es entwickelt sich ein internationaler Verkehrston, der alle nationalen Unterschiede verwischt.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ahrensburg (Egger), Altwasser i. Schl. (Schmidtgen), Amberg, Verkenbrück, Buer, Dortmund, Duisburg, Eisleben (Döhler), Friedland in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik), Fürstenwalde a. d. Spree, Gelsenkirchen, Glückstadt (Brader), Goslar (Wagner), Günzburg, Hamborn, Harburg a. Elbe (Waugeschäft Hagemann), Helmstedt (Saalfeld), Herford (Herforder Möbelindustrie), Herne, Horst-Emscher, Konig, Lage in Lippe (Seppmann), Memmingen, Mühlheim (Mühr), Muskau, Raumburg a. Saale (Heinemann u. Kühn), Neuhäusen i. S. (Stuhlfabrik G. E. Seifert), Nördlingen, Nürnberg, Oehlhäusen (Droste und Ottensmeier), Rathenow, Schwerte, Sensburg, Steinheim i. Westf., Stralsund (Nichelmann), Uetersen in Holstein (Turnergerätesabrik Fischer u. Co.), Willingen i. Baden, Wanne, Wildbad im Schwarzwald (Brachhold), Würzhol, Würzburg, Wien, Meran in Tirol, Budapest.
 - Nordmählern nach Eisleben (Busch, Wicht), Halle a. S. (Schmidt), Loitz, Mühlberg a. E., Nowawes (Köhner).
 - Knopfmählern nach Frankenhäusen a. Kyffh. (Voigt, Schneider).
 - Drechsler nach Gelsenkirchen (Strauch), Rathenow, Uetersen (Fischer u. Co.).
 - Polterern nach Gelsenkirchen (Strauch).
 - Stilmählern nach Hamburg-Altona.
 - Stellmählern nach Hamburg-Altona.
 - Stirnmählern nach Offenburg i. Baden (Schuhmacher).

Bald treffen sich diese vom Schicksal begünstigten Menschen an den Ufern des Mittelmeers, bald im schottischen Hochland, bald an den italienischen Seen, bald auf einer Nordlandreise — überall wo es schön ist, da ist ihr Vaterland, überall, wo die Natur die Reize entfaltet, da schlagen sie ihre Zelte auf. Und mitten unter diesen Herrschaften mit dem altadligen Stammbaum tummeln sich die Ritter der goldenen Internationale, die Herren und Damen der Gelbarktskratie, die ihre unebenbürtige Herkunft mit ihrem Gelde verdecken. Alle diese Glückspilze, die auf der Sonnenseite des Lebens wandeln, genießen ihr Dasein in Lust und Freude und fragen nicht danach, in welchem „Vaterlande“ sie ihre Goldfische verjubeln.

Aber die kleinen Leute sitzen daheim in ihrer engen Gäßlichkeit und mühen sich ab, damit der Wohlstand des Vaterlandes wachse, an dem sie selbst nur allzuwenig Anteil haben. Sie gehen des Morgens zur Arbeit und rühren die fleißigen Hände und am Abend kehren sie heimwärts, müde und abgesehen. Höchstens Sonntag können sie den Staub des Werkstagsstrebens abschütteln, und ihre Seele kann Atem holen in Feld und Wald. Zu großen Reisen ins Ausland reicht ihr Geldbeutel nicht, die Flügel sind ihnen beschneidet und in dem engsten Kreise verbringen sie ihre Tage. Wer möchte da bestreiten, daß gerade die Arbeiter es sind, die das lebhafteste Interesse an einem schönen glücklichen Vaterlande haben und daß man es ihnen nicht beargwöhnen kann, wenn sie die Zustände ihres Vaterlandes so gestalten wollen, wie es ihnen zum Heile dient? Kann man es den Proletariern im Ernst verübeln, daß sie den festen Willen haben, sich ihr Vaterland wohllich einzurichten und es von dem Ungeziefer zu säubern, das sich von den paradiesischen Blüten und den schönsten Früchten nährt, während dem gewöhnlichen Volke die Schalen überläßt? Auf welcher Seite ist denn hier der Nationalismus zu suchen und wo steckt der Internationalismus?

Ganz genau so verhält sich die Sache auch auf wirtschaftlichen Gebiete, im weiten Bereiche des Erwerbslebens. Der Arbeiter, als der Besitzer der Arbeitskraft, ist an seine Scholle gefesselt. Solange sich ihm irgendwo Erwerbsgelegenheit bietet, bleibt er dort, zumal wenn er durch Familienverhältnisse gebunden ist. Jeder, der einmal mit Kind und Regel seinen Wohnsitz gewechselt hat, kennt die Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind. Wenn wir von einigen nomadisch veranlagten Naturen abgesehen, hat der Durchschnittsarbeiter keine Lust, sein Vaterland zu wechseln, solange er dort sein Brot hat. Und was sollte er auch in der Fremde machen, wo er in neue ungeordnete Verhältnisse hineinkommt und wo es ihm noch schwerer ist, eine Existenz zu finden, als daheim? Deshalb entwickelt sich überall dort, wo halbwegs feste Zustände sind, in den Arbeitern das Heimatgefühl und das Interesse an den heimatischen Verhältnissen. Nur Torheit kann von der Vaterlandslosigkeit der breiten Volksschichten sprechen und dem Arbeiter das Vaterlandsgefühl abstreifen. Wenn in der Arbeiterpresse hin und wieder eine ähnliche Redeweise anklingt, so kommt dies daher, daß der Kapitalismus in vielen Arbeitern die Liebe zum Vaterlande und die Lust am Vaterlande systematisch er-

stickt. Dann heißt es wohl mit bitterem Ingrimm: Der Arbeiter hat kein Vaterland, wie sollte er das Vaterland lieben können? Diese Worte, die dem Bedauern über eine Tatsache Ausdruck geben, sind also nicht so aufzufassen, als ob es wünschenswert wäre, wenn der Proletarier heimatlos und vaterlandslos würde. Dem widerspricht die Praxis der Arbeiterbewegung. Dann könnte man ja auch dem edlen Römer Tiberius Gracchus den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit machen, weil er im Senate den herrschenden und besitzenden Klassen ins Gewissen redete, indem er auf die Besitzlosigkeit der römischen Proletarier hinwies. Er sprach: „Die wilden Tiere haben ihre Höhlen und jedes von ihnen weiß sein Lager, aber die Männer, die für Italiens Unabhängigkeit kämpfen und sterben haben nicht, wohin sie ihr Haupt legen können. Ohne Güte und Obdach irren sie mit Weib und Kindern umher. Es ist ein Hohn, wenn die Feldherren auf den Schlachtfeldern sie aufordern, ihre Grabmäler und Heiligtümer gegen die Feinde zu verteidigen, denn unter so vielen hat kaum einer einen vaterländischen Herd aufzuweisen. Nur für die Heppigkeit und den Reichtum anderer, müssen sie ihr Blut vergießen und ihr Leben opfern. Sie werden die Herren der Welt genannt, ohne daß ihnen auch nur ein Fußbreit des Landes gehört.“ Dieser Volksfreund wollte durch seine Gesetzesvorschläge dem Proletarier einen Anteil am Vaterlande verschaffen und ihm dadurch das Vaterland lieb und wert machen.

Ist das nicht dasselbe Streben, das die moderne Arbeiterbewegung befeuert, wenn sie sich an der praktischen Gegenwartsarbeit beteiligt, um dadurch das Vaterland so auszugestalten, daß auch der unterste Arbeiter Ursache hat, seine Heimat zu lieben? Die Klassenbewußten Proletarier haben wahrlich keine Veranlassung, die Zustände in ihrem Vaterlande zu verächteln, wie ihnen die Gegner aus Dummheit oder Böswilligkeit nachreden. Im Gegenteil, die Praxis zeigt uns, wie sorgsam sich die Arbeiterorganisationen bemühen, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und in sozialpolitischer Beziehung Einrichtungen zu treffen, die das Vaterland wohllich und liebenswert machen. Das ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Arbeiter, und deshalb, weil uns das Heim näher ist als der Rock, legen wir unsere Vaterlands- liebe und unsere nationale Gesinnung durch die Tat an den Tag, ohne damit in marktchreierischer Weise herumzuprahlen. Das überlassen wir den Geschäftspatrioten, die den Mund so voll nehmen, sich aber im übrigen den Teufel um ihr Vaterland scheren.

Daß das Kapital seiner innersten Natur nach international ist, sieht man bei näherer Betrachtung sofort. Ein Kapitalist steckt sein Vermögen in irgendein Unternehmen, wo es ihm hohen Gewinn verspricht. Beteiligt er sich an einer Unternehmung in seinem Vaterlande, so ist es gut, winkt ihm aber irgendwo im Auslande ein höherer Gewinn, so zieht er sein Kapital aus dem heimischen Betriebe heraus und legt es in ausländischen Betrieben an. Daraus erklärt es sich, daß wir das deutsche Kapital in aller Herren Ländern finden und daß wiederum ausländisches Kapital in deutschen Unternehmungen „arbeitet“. Aus diesem Grunde sind die Kapitalisten geborene Internationalisten und es ist weiter nichts als eine widerliche Heuchelei wenn sie sich in den Manier des Nationalismus hüllen.

Bei den Arbeitern liegt die Sache gerade umgekehrt. Für sie können die nationalen Interessen in erster Linie, weil sie noch ein kleines Vermögen, die Arbeitskraft, bald im Inlande und bald im Auslande zu verwenden. Ein Kapitalist geht zur Bank und kauft sich ausländische Aktien und sonstige Wertpapiere, wenn das Geschäft in Deutschland daneben liegt, ein Arbeiter liegt während einer Krise auf der Straße und kann seine Arbeitskraft nicht loswerden. Das ist der große Unterschied, der alles erklärt.

Wenn nun auch das Proletariat ganz von selbst die heimischen Verhältnisse zunächst bessern will und deshalb im nationalen Rahmen arbeitet, so darf es doch darüber die internationalen Zusammenhänge nicht vergessen. Wir leben nun einmal im Zeitalter des Weltverkehrs, in dem die Verhältnisse des einen Landes durch die des anderen im guten und schlechten Sinne beeinflusst werden. Daher greift die Arbeiterbewegung über die Grenzen des Heimatlandes hinaus und knüpft internationale Verbindungen an. Sie betont mit Recht die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen in allen Kulturländern und sucht überall dem ausbeuterischen Kapital die Krallen zu beschneiden. So vereinigt sich Nationalismus und Internationalismus in der deutschen Arbeiterbewegung — zum Segen der Arbeiter, zum Heile des Vaterlandes und zur Hebung der Kultur. Und mag man uns der Vaterlandslosigkeit zeihen und uns des Liebäugelns mit dem Auslande verdächtigen, wir wissen, daß unser Internationalismus hervorgeht aus der Liebe zu unserem Heimatboden und aus dem festen Willen, uns ein Vaterland zu bauen, das wir lieben können.

Soziales.

Wilow der Arbeiter.

Wilows Rhinoceroshaut scheint tatsächlich unerbittlich zu sein. Noch vor wenigen Tagen ließ er feierlich erklären, daß der Ausbau der Erbschaftsteuer ein unentbehrlicher Teil der Finanzreform ist, ohne welchen diese unmöglich zustande kommen kann, und nun ist ihm diese

Steuerborlage zerrissen und zerlegt vor die Füße geworfen worden. Aber Wilow rührt sich nicht. Er hat früher einmal ausgesprochen, daß er kein Konsequenzmache sei, und wirklich ist er in seiner Konsequenz durchaus konsequent.

Der Block vom Jahre 1907 ist zertrümmert; das Zentrum hat blutige Nachbarn genommen für die Verhandlung, die ihm bei der letzten Reichstagsauflösung vom Reichsfänger zuteil wurde. Alles Witten um gut Wetter hat Wilow nichts genützt. Diesen Triumph auszulasten, war das höchste Verlangen der Alexikalen, deshalb mußten auch die Zentrumsabgeordneten ihre Ansichten revidieren, die sich früher entschieden für die Erbschaftsteuer ausgesprochen hatten. Das Zentrum zählt in seinen Reihen einige Re-nommierarbeiter. Es verdient festgehalten zu werden, daß auch diese sogenannten Arbeitervertreter es für ihre heiligste Pflicht hielten, das Portemonnaie der Besitzenden zu schützen. Bisher den Armen die notwendigsten Lebensmittel ins ungeheuerliche verteuern, als die reichen Erben zu den Lasten des Reiches heranzuziehen, das ist christliche Arbeiterpolitik. Die Abstimmung der christlichen Gewerkschaftsvertreter bei der Erbschaftsteuer werden wir uns merken und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen.

Am 24. Juni war ein großer Tag im Reichstag. In einer Zahl, wie sie sich selten zusammenfindet, waren die Reichsboten erschienen; nur 14 von den 397 Abgeordneten fehlten. Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung der Erbschaftsteuer, und der Ausgang war durchaus ungewiß. Aber das konservativ-alexikale Kartell hat gesiegt. Mit 104 gegen 186 Stimmen wurde der entscheidende Paragraph der Erbschaftsteuer abgelehnt. Die Mehrheit wurde gebildet aus den Konservativen, dem Zentrum, den Antisemiten und Polen. In den folgenden Abstimmungen wurden die sämtlichen Teile des Gesetzes durchgängig ebenfalls abgelehnt, so daß jede Möglichkeit, über diesen Entwurf weiter zu schachern, ausgeschlossen ist. Es kommt zu keiner dritten Lesung der Erbschaftsteuer.

Ein Staatsmann, der nur ein wenig auf Reputation hält, hätte nun vortreten und den Reichstag auflösen müssen, aber Wilow läßt sich nicht sehen; seine Rhinoceroshaut feiert Triumphe. Die weitere Beratung der Finanzreform bietet zunächst wenig Interesse. Die Parteien der Linken haben erklärt, daß sie alle indirekten Steuern ablehnen werden, aber die konservativ-alexikale Koalition hat die Mehrheit und sie verhilft den unsinnigsten Steuerprojekten zur Annahme. Die Regierung beteiligt sich an den Beratungen, als ob nichts geschehen wäre. Es ist offenbar die Angst vor der Sozialdemokratie, welche die Reichsregierung davon abhält, den Reichstag aufzulösen. Aber ob die Neuwahlen früher oder später erfolgen, sie werden von einem erneuten riesigen Wachstum der Arbeiterpartei Zeugnis ablegen.

Inzwischen ist Wilow am 26. Juni zum Kaiser berufen worden, der sich zu der Zeit in Kiel aufhielt. Es hieß, der Reichsfänger sei mit der festen Absicht nach Kiel gereist, seine Entlassung zu nehmen. Gar zu fest dürfte ja diese Absicht nicht gewesen sein, jedenfalls ließ Wilow gleich nach seiner Rückkehr aus Kiel eine Mitteilung verbreiten, aus welcher hervorgeht, daß er im Amt bleibt. Sein Entlassungsgesuch sei vorläufig abgelehnt worden; er soll erst die Finanzreform fertig machen, und dann würde man ihn ziehen lassen. Dieses Ergebnis kann niemand befriedigen. Es läßt sich nur so erklären, daß Wilow fest an seinem Amte klebt und es so lange als irgend möglich behalten möchte.

Was nun aus der Finanzreform wird, kann kein Mensch voraussagen. Möglich, daß die Regierung, nachdem die Steuerborlagen durchberaten sind, sich diejenigen herausucht, die ihr genehm sind, und die übrigen ablehnt. Ob aber das möglich sein wird, ist noch sehr fraglich. Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge bestimmt das konservativ-alexikale Kartell, welche Steuern vom Reichstag angenommen werden, und es heißt, daß diese Steuermehrheit beabsichtigt, ein Mantelgesetz zu schaffen. Das würde besagen, daß der Bundesrat die sämtlichen Steuergesetze als Ganzes betrachtet, das er entweder annehmen oder ablehnen muß. In diesem Falle wäre Wilow erst recht in der Zwidmühle. Aber er hat sich durch sein Verharren im Amt, ohne daß er den Mut findet, den Reichstag aufzulösen, schon so bloßgestellt, daß sein Ansehen als Staatsmann kaum noch eine Einbuße erleiden kann. Das Verhalten der Reichsregierung in der gegenwärtigen Situation läßt sich nur als würdelos bezeichnen. Aber schließlich hat jedes Volk die Regierung, die es verdient.

Arbeitslosenfürsorge der Stadtgemeinde München im Winter 1908/09. Der vom städtischen Arbeitsamte herausgegebene Bericht über die im Winter durchgeführte Arbeitslosenunterstützung konstatiert zunächst die schlimme Lage des Arbeitsmarktes. Die männlichen Stellenangebote stiegen von 3859 im Oktober 1908 auf 5260 im Januar 1909. Dagegen gingen in dieser Zeit die Stellenangebote von 3006 auf 1982 zurück. Bei einer von den freien Gewerkschaften am 29. Dezember 1908 veranstalteten Arbeitslosenräumung wurden insgesamt 8062 Arbeitslose, darunter 650 Holzarbeiter, gezählt. Auf wiederholtes Drängen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher bewilligten endlich die städtischen Kollegien aus Gemeindevmitteln im Januar den Betrag von zusammen 33 992,16 Mk. zur Einleitung einer Sektions zur Unterstützung Arbeitsloser, des weiteren wurden hierzu aus dem Münchener Hilfsfonds 35 727,40 Mk. beigegeben und an freiwilligen Beiträgen gingen noch 1478 Mk. ein; zusammen standen demnach 71 192,56 Mk. zur Verfügung.

Die Hilfsaktion begann am 18. Januar und endigte für die Ledigen am 20. Februar, für die Verheirateten am 13. März 1909, dauerte also für die Ledigen 5 Wochen, für die Verheirateten 8 Wochen. Unterstützung wurde nur solchen Personen gewährt, welche sich mindestens seit 1. Januar 1908, also ein halbes Jahr, ununterbrochen in München aufgehalten, während dieser Zeit auch gearbeitet haben und seit acht Tagen arbeitslos waren. Ledige erhielten unter den gleichen Voraussetzungen die Unterstützung nur dann, wenn sie in München beheimatet waren.

Die Unterstützung betrug für Verheiratete 3 Mk., für Ledige 2 Mk. die Woche; weibliche Arbeitslose erhielten keine Unterstützung. Für die organisierten Arbeiter wurde die tägliche Kontrolle durch die einschlägigen Gewerkschaften ausgeübt; die Indifferenten mußten sich bei der Bezirkspflegekommission des Bezirkes, in dem sie wohnen, zur Kontrolle einfinden. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgte für alle Arbeitslosen durch die Bezirkspflegekommissionen jeden Samstag, nachmittags von 3 Uhr ab. Als arbeitslos haben sich gemeldet 6463 Personen, davon waren 4376 = 67,8 Proz. in den freien, 88 = 1,3 Proz. in christlichen Gewerkschaften organisiert; 1999 = 30,9 Proz. waren nicht organisiert.

Für die Holzarbeiter stellte sich das Zahlenverhältnis folgendermaßen: Von den 620 arbeitslos Gemeldeten waren 498 = 77 der Gesamtziffer im Deutschen Holzarbeiterverbande, 13 = 0,2 Proz. waren christlich organisiert und 114 = 1,8 Proz. waren Indifferenten. Von den eingeschriebenen Arbeitslosen waren 4436 = 68,6 Proz. verheiratet bezw. verwitwet und hatten diese 6472 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren, 2027 = 31,4 Proz. waren ledig. Von diesen insgesamt 6463 Personen waren 32,9 Proz. im Alter von 16 bis 30 Jahren. Ueber die Dauer der Arbeitslosigkeit wird im Berichte gesagt, daß bei der Anmeldung zur Unterstützung bereits 3703 = 57,3 Proz. bis zu 4 Wochen und 2760 = 42,7 Proz. Personen über 4 bis 8 Wochen vorher schon arbeitslos gewesen. Ein trübes Bild zeigt sich auch beim Kapitel Arbeitslosigkeit und Geschäftigkeit am Orte, denn von den Gemeldeten waren in München ununterbrochen anständig seit 1 bis 3 Jahren 479 = 7,4 Proz., 3 bis 5 Jahren 255 = 4 Proz., 5 bis 10 Jahren 797 = 12,3 Proz., und die Mehrzahl aller Arbeitslosen, 4932 = 76,3 Proz., war bereits mehr als 10 Jahre am Orte tätig. Es wurden also hauptsächlich die lange Zeit in München Anwesenden von schwerer Arbeitslosigkeit betroffen und kam diesen besonders die gemeindliche Fürsorge zugute.

Von den 70 399,70 Mk. an arbeitslose Personen ausbezahlten Unterstützungen treffen auf organisierte Arbeiter 48 184,90 Mk. = 68,4 Proz., unorganisierte 18 075,20 Mk. = 25,7 Proz., sonstige Unterstützte 4 139,60 Mk. = 5,9 Proz. Die Kosten der Durchführung der Hilfsaktion, Bekanntmachungen, Formulare, Beheizung der Amtsstelle usw. betrugen 792,86 Mk. Des weiteren konnte das städtische Arbeitsamt bereits vor Beginn der Hilfsaktion durch freiwillige Zuwendungen und aus 3000 Mk., die von den städtischen Kollegien zur Verfügung gestellt wurden, den Betrag von 5595,10 Mk. für Speise und Suppenbillets und kleinere Barunterstützungen aufwenden.

Um arbeitslosen Frauen, für welche Unterstützung von den gemeindlichen Kollegien abgelehnt wurde, solche gewähren zu können, kam eine Sammlung zustande, die nur den geringen Betrag von 611,65 Mk. erreichte, wovon 115 Frauen mit kleineren Beträgen unterstützt wurden. Ueber die Durchführung der Hilfsaktion sagt der Bericht, es haben sich „keine wesentlichen Anstände ergeben, infolge der Mithilfe der Gewerkschaften, durch welche die Stadtverwaltung eine willkommene und sehr dankenswerte Unterstützung bei der Kontrolle und Auszahlung der Arbeitslosen erhielt.“ Wenn es jedoch im Berichte weiter heißt: „Die Stadt München hat in diesen kritischen Zeiten ihre sozialen Pflichten in vollen Maße erfüllt; keine andere deutsche Stadt hat in diesen wenigen Wochen solche bedeutende Mittel für den gleichen Zweck aufgebracht.“ Ist dies das Lobes doch etwas zu hoch, und wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Anträge es von außen, seitens der Gewerkschaften, bedurfte, und wie viele Anträge durch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter nötig waren, um endlich, als die Not auf das Höchste gestiegen, die bürgerlichen Vertreter zu bestimmen, ganze 30 000 Mk. aus gemeindlichen Mitteln zu bewilligen. Und dieses bei einem städtischen Etat, welcher mit 66 1/2 Millionen Mark bilanziert und in dem mehr als 120 000 Mk. allein für Ehrungen vorgesehen sind.

In ganz anderem Lichte zeigt sich dagegen die Solidarität der Arbeiterschaft, welche in ihren Gewerkschaften den Betrag von rund 188 000 Mk. an Arbeitslosenunterstützung verausgabte. Dieser Hinweis zeigt aber auch mit furchtbarer Deutlichkeit, wie wenig sich die deutschen Städteverwaltungen ihrer sozialen Pflicht bewußt sind auf dem Gebiete ausreichender Arbeitslosenfürsorge. Auch die diesjährige Hilfsaktion hat die Möglichkeit der Durchführung des Genter Systems der Zuschußleistung offenkundig dargetan. An den Kollegen dürfte es liegen, diese brennende Frage nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen, um den herrschenden bürgerlichen Parteien hierdurch das Gewissen etwas zu schärfen für die Zukunft.

Genossenschaftstag. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine tagte vom 14. bis 16. Juni in Mainz. Dem Genossenschaftstage voraus ging eine Generalversammlung der Konsumgenossenschaftlichen Unterstützungs-kasse. Diese versüßte gegenwärtig bei 3527 Reichsmark über ein Vermögen von rund 745 000 Mk. In Zukunft sollen die Konsumvereine mehr wie bisher angehalten werden, sämtliche Angestellte bei der Unterstützungs-kasse zu verzeichnen; ferner ist die Erziehung von Ferienhäusern in Aussicht genommen und eine Summe von 10 000 Mk. jährlich zur Unterstützung solcher Mitglieder bewilligt, die einer Kur zur Verhütung vorzeitiger Invalidität bedürftig sind. Mit dem weiteren Ausbau solcher Einrichtungen könnten sich die Konsumvereine allmählich zu Musterunternehmen sozialen Pflichtgefühls entwickeln.

Zur Hauptberandung war eine große Zahl Delegierter erschienen; neben einigen Vertretern ausländischer Genossenschaften entbot auch der Bürgermeister der Stadt Mainz den Erschienenen ein herzliches Willkommen. Dem Berichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß gegenwärtig

dem Verbands 1068 Vereine mit rund einer Million Mitgliedern und einem Jahresumsatz von 350 Millionen Mk. angehören. Sehr günstig entwickelt sich die Eigenproduktion, deren Wert jetzt schon auf 45 Mill. Mk. angewachsen ist. Der Reinertrag der Verlagsanstalt betrug im letzten Jahre 61 000 Mk., trotzdem die Arbeitsverhältnisse der Angestellten in vorbildlicher Weise geregelt sind. Demnächst soll auch ein Rechtsbureau errichtet werden. Der Reichsregierung und dem Reichstage soll eine Resolution unterbreitet werden, die eine fortlaufende Reichsstatistik über das Genossenschaftswesen fordert.

Von besonderem Interesse ist für uns die Frage der Tarifvereinbarung mit den Gewerkschaften; es kommen hier die der Bäcker und Transportarbeiter in Betracht. Für die Revision der bestehenden Tarife ist eine Kommission eingesetzt, deren Berichterstatter v. Elm ist. Seine Ausführungen klingen dahin aus, daß die Gewerkschaften sich wohl bewußt sein müßten, daß sie in ihren Vertrieben vorbildliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen haben. Die neuen Tarife bringen den in Betracht kommenden Genossenschaftsarbeitern wieder Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitszeit, der Löhne und Ferien. Für Bäcker ist in kontinuierlichen Betrieben eine Arbeitszeit von acht Stunden einschließlich 20 Min. Essenspause, in nichtkontinuierlichen Betrieben eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden vorgesehen. Für Chauffeure ist die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden, für Putzger und Stalleute je nach den zu bezahlenden Lohnsätzen auf 9 bezw. 9 1/2 Stunden, an Sonnabenden auf 8 bezw. 8 1/2 Stunden, für Lagerarbeiter, Markthelfer, Kontorboden, Hausdiener und ungelernete Arbeiterinnen auf 8 1/2 Stunden, an Sonnabenden auf 8 Stunden festgesetzt. Beide Tarife gelten vom 1. August 1909 ab auf die Dauer von 5 Jahren.

Nach reger Diskussion erfolgte die Annahme der Tarifvorschläge gegen wenige Stimmen.

Ein Antrag, nach welchem die Konsumvereine des Zentralverbandes verpflichtet werden sollen, beim Einkauf von Waren darauf zu achten, daß dieselben nicht in Zuchthäusern oder Gefängnissen angefertigt werden und daß die Waren nicht unter den von den Gewerkschaften festgesetzten tariflichen Bestimmungen hergestellt werden, und der ferner alle Bestrebungen zu unterstützen fordert, welche geeignet sind, die krassen Zustände in der Hausindustrie zu beseitigen, wird dem Vorstande des Zentralverbandes, der bereits dieserhalb mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands verhandelt, zur weiteren Behandlung überwiesen.

Weitere Punkte der Tagesordnung waren: „Die Aufgaben und Ziele des internationalen Genossenschaftsbundes“, „Produzentenkartelle und Konsumentenorganisationen“ und „Die Entwicklung der Unterstützungs-kasse“.

Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei verendet in diesen Tagen sein Winterprogramm für 1909/10 an alle lokalen Bildungsausschüsse, sozialdemokratischen Vereine, Gewerkschaftskartelle und sonstigen Arbeiterorganisationen, die bei der Geschäftsstelle (Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) angemeldet sind. Das Programm gibt auf 24 Seiten eine Reihe von nützlichen Hinweisen und Ratschlägen für die systematische Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Mitteilungen über die wissenschaftlichen Wanderkurse, die zahlreichen Programmwürfe für künstlerische und gesellige Veranstaltungen und der Musterentwurf zu einem Arbeitsplan für die lokale Bildungstätigkeit.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Gewährung der Gehälter eines wachsenden Kolonialbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Juli: Ventzen 10 Pf., Großhartmannsdorf 5 Pf., Schneidemühl 10 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 27. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Infolge der Veröffentlichung der Ehrenliste der Veteranen des Verbandes in dem Leitartikel in Nr. 25 d. Bl. sind der Redaktion schon mehrere Briefe von alten Verbandsmitgliedern zugegangen, welche auch von sich behaupten, schon seit 25 Jahren oder länger der Organisation anzugehören. Dem Vorstand ist allerdings bekannt, daß die Liste der Veteranen nicht vollständig ist. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß in der Zeit vor 20 Jahren weder von den damaligen Funktionären der Organisationen, noch auch von den Mitgliedern selbst auf die richtige Eintragung des ursprünglichen Eintrittsdatums bei dem Uebertritt von einer Organisation zur anderen großes Gewicht gelegt worden ist. Manches Mitglied eines lokalen Fachvereins, das aus Mähdicht auf die damaligen politischen Schwierigkeiten oder aus anderen Gründen erst später der Zentralisation beigetreten ist, hat als Eintrittsdatum den Tag des Uebertritts eingetragen erhalten und führt somit auch in seinem jetzigen Mitgliedsbuch noch dieses Datum. In solchen Fällen, das heißt, wenn die Mitgliedschaft nicht etwa tatsächlich unterbrochen worden ist, sind wir bereit, diese irrtümliche Eintragung des Eintrittsdatums jetzt noch zu korrigieren, falls das Mitglied durch Einsendung der alten Mitgliedsbücher oder Mitgliedskarten den Nachweis hierfür zu erbringen vermag. Um jedoch keine falschen Hoffnungen aufkommen zu lassen, bemerken wir ausdrücklich, daß, wenn die Mitgliedschaft selbst nur auf kurze Zeit unterbrochen wurde, die jetzige Zugehörigkeit zum Verband selbstverständlich nur vom Tage des letztenmaligen Beitritts gerechnet werden kann. Reklamationen wegen Anerkennung früherer Mitglieds-

schaft vor der Unterbrechung derselben sind also, weit ausichtslos, von vornherein zu unterlassen.

Auf die in Nr. 25 erfolgte Ausschreibung einer Redakteurstelle machen wir hierdurch nochmals mit dem Bemerken aufmerksam, daß der Termin für die Einreichung der Bewerbungen am 10. Juli abgelaufen ist.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für Juni über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. Juli zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholt bemerken, daß auch diejenigen Zahlstellen eine Berichtskarte einsenden müssen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchen Fällen ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

301945 Ernst Mohr, Tischler, geb. 7. 4. 71 zu Duisburg, 429866 Fritz Schreiner, Tischler, geb. 15. 4. 88 zu Volkmarthen.

440060 Joseph Sokah, Tischler, geb. 3. 2. 91 zu Neubada, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Vergen auf Mügen. Zu dem Bericht in Nr. 23, welcher sich mit seinem Betriebe beschäftigt, sendet uns Herr G. Wolle eine Erwiderung, in welcher er bestreitet, daß er vor einiger Zeit seinem Gehilfen einen Abzug von zehn Prozent gemacht habe. Auch das Zurückbleiben von Holz an Strandböden wird nach wie vor von der Firma ausbezahlt. Bezüglich seines Westtums glaubt Herr Wolle einen sozialen Gedanken im Auge gehabt zu haben, als er beim Neubau für helle und gesunde Arbeitsräume gesorgt hat. Den ihm in der Mund gelegten Ausspruch bezüglich des Essens bezeichnet er als ein Märchen. — Wir haben von dieser Zuschrift Notiz genommen, um auch den Angegriffenen zum Wort kommen zu lassen, überlassen es aber im übrigen unserem Berichterstatter, sich hierzu zu äußern.

Donauessingen. Anlässlich der Neuerrichtung des abgebrannten Stadtteils herrscht hier in diesem Jahre eine außergewöhnliche Bautätigkeit. Viele unserer reisenden Kollegen haben schon diesen Winter hier lohnende Arbeit gesucht, fanden sich aber in ihren Erwartungen bitter enttäuscht. Stundenlöhne von 26, 28, 30, höchstens 32 Pf. sind hier ortsüblich, so daß vielfach Kollegen, die schon wochenlang gewandert waren und die gemiß keine hohen Ansprüche stellen wollten, nach kurzem Aufenthalt wieder abzogen. Es muß noch in Betracht gezogen werden, daß der Lebensunterhalt sich einerseits wegen der knappen Wohnungsverhältnisse, andererseits durch die Spekulationen der betreffenden Geschäftsleute seit dem Brande erheblich verteuert hat. Die hier regulär beschäftigten Tischler fanden bisher den Weg zur Organisation nicht, sonst wäre es bei dieser Bautätigkeit ein Leichtes, die Löhne ein gut Stück vorwärts zu bringen. Etwas reger wurde ja unser Verbandsleben durch die gegenwärtig hier beschäftigten Kollegen auswärtiger Firmen. Zimmerlein könnte nach dieser Hinsicht manches Verbandsmitglied mehr Werbearbeit versehen; manche halten es nicht für der Mühe wert, sich bei der hiesigen Verwaltung anzumelden. Die anständigen Verbandsmitglieder sind durchweg in der Bürstenfabrik bezw. in der Uhrenfabrik beschäftigt und ist die Zahlstelle daher in dieser Zeit viel auf die Mitarbeit der vorübergehend anwesenden Kollegen angewiesen. Das Reichsamt der organisierten Arbeiter ist „Schwanen“ (über der Kammer) zu werden in Mügen werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, sich bei der Verwaltung über die einzelnen Geschäfte zu informieren, ehe sie aus Geratwohl Arbeit annehmen. Aus oben angeführten Gründen möchten wir überhaupt unseren Kollegen raten, bei hiesigen Meistern nicht um Arbeit anzufragen.

Fretburg i. B. Herr Brombacher, der Inhaber einer mechanischen Schreinerei, ist zwar ein noch junger Herr und mit seiner Berufstätigkeit ist es nicht weit her. Dafür ist er aber recht fleißig und er besitzt alle Anlagen zu einem tüchtigen Scharfmacher. Besondere Mühe gibt er sich, seine Arbeiter auszuspienieren zu lassen. Die Arbeiter, denen er die Rolle des Spions zugeadelt hat, sich aber weigern, dieses schmutzige Gewerbe auszuüben, werden sehr bald aus dem Betriebe hinausgeschickt. Natürlich ist der Verband dem Herrn ein Dorn im Auge und besonders sucht er den Bevollmächtigten am Orte unmöglich zu machen, nachdem dieser allerlei zweifelhafte Angebote, mit welchen ihn Herr Brombacher für sich zu gewinnen suchte, abgelehnt hatte. Bezeichnend für den Charakter dieses Herrn ist es, daß er einen 60jährigen Arbeiter, der bei ihm ausgetreten war, auf der Straße ins Gesicht schlug. Dann legte er sich allerdings schleunigst aufs Rad, um dem Lohn für diese Heldentat zu entgehen. Eine Probe von seiner Un-geniertheit legte er auch kürzlich vor dem Gewerbeamt ab. Er hatte es nur der ganz außerordentlichen Nachsicht des Gerichts zu danken, daß er dort mit einem Verweis davonkam. In der Zinnung führt Herr Brombacher das große Wort, obwohl ihm die Berechtigung zur Führung des Meistertitels abgeht. Sein Ideal ist der Ausbau des Systems der schwarzen Listen, die er international ausgestalten will, damit die mißliebigen Freiburger Schreiner auch in der Schweiz keine Arbeit finden. Wir empfehlen den Kollegen, den Betrieb von Brombacher ganz besonders im Auge zu behalten.

Wollnow. Einen schlimmen Reifall hat der Chef der hiesigen Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Herr Schwanert erlebt. Zwei Kollegen vereinbarten die Anfertigung von zwei Dampfeschäften in Wollnow zum Preise von je 140 Mk. Nachdem sie zwei Tage daran gearbeitet hatten, wurde ihnen mitgeteilt, daß nur 125 Mk. für das Stück gezahlt werden kann. Da die Kollegen damit nicht

zufrieden waren, wurden sie kurzerhand entlassen. Sehr erstaunt war Herr Schwanert, als er nun wegen dieser Lohnforderung verklagt wurde, und sein Staunen wuchs, als er gewahr wurde, daß es auf das Gericht gar keinen Eindruck machte, als er die Kläger als Sozialdemokraten bezeichnete. Alle seine Winkelzüge nützten ihm nichts und als er den ihm zugeschobenen Eid für die Behauptung, daß die Kläger selbst aufgehört hätten, abzulehnte, wurde er zur Zahlung der vollen Klfordsumme verurteilt. Das war eine leere Lehre, aber hoffentlich berichtigt sie ihre Wirkung nicht.

Mittweida. Ebenso rückständig wie die Arbeitsbedingungen in der hiesigen Stuhlindustrie ist auch die Lage der Tischler. Am 22. Juli läuft der Tischlertarif ab, und die hiesigen Kollegen werden es begrüßen, ihn los zu sein. Denn die Lohnsätze waren so minimal, daß man ihm keine Träne nachweinen braucht. Der Stundenlohn beträgt für einen normalen Tischler 33 Pf. bei 58stündiger Arbeitszeit. Dabei sind die Wohnungs- und Lebensmittelpreise außerordentlich hoch. Aber ungeachtet dessen tragen sich die Meister mit dem Gedanken, die Löhne noch zu kürzen. Sie stellen im Laufe dieses Sommers fast alle Maschinen auf und glauben, die Gehilfen können nun billiger arbeiten. Aus einigen Anzeichen läßt sich schließen, daß die Meister keine organisierten Kollegen mehr einstellen wollen. Ob sie mit dem Versuch, mit Unorganisierten zu arbeiten, Erfolg haben, bleibt abzuwarten. Aus den Vorgängen am Ort mögen die Kollegen lernen, daß sie nicht mit der Humanität der Meister rechnen können und zu der Erkenntnis gelangen, daß sie nur mit Hilfe der Organisation ihre Lage bessern können. Noch mehr wie bisher müßt Ihr für den Verband tätig sein, die Versammlungen immer vollzählig besuchen, damit Ihr stets auf dem Laufenden seid, was im Verband vorgeht. Dann werdet Ihr auch mit Freuden für den Verband arbeiten und mit Stolz sagen können: ich bin ein Verbandskollege! Am 3. Juli findet unsere nächste Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen. Die reisenden Kollegen eruchen wir, sich, bevor sie hier Arbeit annehmen, beim Kassierer zu melden, denn es haben schon öfters fremde Kollegen hier trübe Erfahrungen gemacht. Auch die Stuhlbauer seien gewarnt, hier Arbeit zu nehmen, denn die hiesigen Arbeitsbedingungen sind so gestellt, daß nur äußerst selten ein fremder Stuhlbauer auf den schon ohnehin niedrigen Normallohn kommt. Deshalb ist es besser, die Kollegen erkundigen sich zuvor bei der Lokalverwaltung.

Partenkirchen. Wollte 14 Wochen mußten im vorigen Jahre die Schreiner kämpfen, um den heute hier gültigen Tarif durchzusetzen. Man sollte nun meinen, daß jeder Arbeiter mit Freuden die errungenen Verbesserungen hinnehmen und für Einhaltung des Tarifes kräftig sorgen würde. Leider gibt es aber noch so viele Arbeiter, die sich nicht getrauen, an ihren Sklavenketten nur zu rütteln. Es erscheint daher angebracht, die Namen dieser Schädlinge der Öffentlichkeit zu überantworten, nachdem alle gültigen Aufklärungsversuche an deren Unverständnis abgeprallt sind. Trotzdem Schreinermeister Wöndle der Hauptjahrsmacher bei der Lohnbewegung, heuer die 57stündige Arbeitszeit einführen wollte, wobei er sich allerdings weigerte, den indifferenteren Nullis auch den Lohn entsprechend aufzubessern, wie dies im Vertrag vorgesehen, arbeiten seine Leute noch 60 Stunden, und zwar auf deren eigenes Verlangen. Die Namen dieser Helben, welche noch dazu einen Terrorismus schlimmster Sorte ausüben, damit kein organisierter Kollege in diese Wude hineinkommt, sind: Ludwig Jäger aus Maffing, Joh. Maier aus Günzburg, Baptist Neß aus Walling bei Deggendorf, Fritz Hochschild aus Partenkirchen, Alb. Franz aus Plesberg, Rud. Fischer von Niederösterreich, Gg. Kuhn, Joh. Schmal und Joh. Florl aus Partenkirchen. Die ersten genannten Vier sind Schreinermeisterlöhne, die letztgenannten Vier sind Streikbrecher vom Vorjahre. Der schlimmste Feind des Arbeiters ist immer noch der Unberstand der Massen. Herr Wöndle sei aber heute schon darauf aufmerksam gemacht, daß, falls er auf faule Arbeiten beim Bahnhofsbau reflektiert, er zu erwartigen hat, daß in einer Eingabe an das kgl. Verkehrsministerium durch die Organisation auf seine vertragsbrüchige Wude hingewiesen wird, und die Folgen hat er sich dann seinem eigenen Ehrenwortbruch und seiner indifferenteren Schutzgarde zuzuschreiben. Sie sind einander wert, Meister und Gesellen.

Stuttgart. (Wagner.) Die Daimler Motoren-gesellschaft Untertürkheim sucht fortwährend durch große Annoncen tüchtige Kastenmacher — bei höchster Bezahlung. Kommt nun ein Kollege, welcher sich nicht vorher erkundigt und den Lohn festgesetzt hat, hierher, so werden ihm 46 bis 50 Pf. Stundenlohn geboten, aber nur, wenn er ein tüchtiger Kastenmacher ist. Hat ein solcher hierher gelotter Kollege den Mut und verlangt den teuren Verhältnissen entsprechend einen höheren Stundenlohn, so erhält er die kurze Antwort: „Wenn Sie anderswo mehr verdienen, so gehen Sie dorthin. Wir haben noch Offerten genug.“ Die Klfordarbeit ist in diesem Betrieb in einer Weise durchgeführt, daß man von Arbeiten schon längst nicht mehr reden kann, und trotzdem werden die Preise fortwährend nach unten reguliert. — Bei der Firma Auer in Cannstatt ist es noch schlimmer. Hier wird ausschließlich in Lohn gearbeitet. Dank der Gleichgültigkeit der dortigen Kollegen ist es soweit gekommen, daß Löhne mit 36 Pf. pro Stunde keine Seltenheit sind und hierfür schon ein ganz anständiges Stück Arbeit verlangt wird. Von den Zuständen in den kleineren Wagnereien hier am Orte wollen wir für diesmal gar nicht reden. Den Kollegen von auswärts raten wir, ehe sie in Stuttgart in Arbeit treten, sich vorher ihren Lohn zu sichern und mit der Verwaltung unseres Verbandes in Verbindung zu treten. Allen am Ort beschäftigten Wagnern aber rufen wir zu: Organisiert Euch im Deutschen Holzarbeiterverband, besucht die Sektionsversammlungen der Wagner und sorgt bereint mit Euren Nebenkollegen für ein menschenwürdiges Dasein. Gerade die Wagner, an deren Arbeitskraft und Kenntnisse so hohe Anforderungen gestellt werden, sollten es unter ihrer Würde halten, für Hungerlöhne zu arbeiten.

Wansburg bei Ronitz i. Westpr. Der Tischlermeister Hahlwig hat zwei verheiratete Kollegen aufs Pflaster ge-

setzt und glaubt nun vor dem verhassten Holzarbeiterverband Ruhe zu haben. Jetzt sieht er sich in dieser Hoffnung getäuscht, und er sucht deshalb den in einem anderen Betrieb beschäftigten Vertrauensmann aus dem Ort zu entfernen. Er wird jedoch damit schwerlich Glück haben, denn der Streich, den er den anderen Meistern gespielt hat, hat nicht dazu beigetragen, sein Ansehen zu heben. Im Frühjahr hat er nämlich seinen Kollegen geraten, zusammenzuhalten und zu warten, bis die Bauunternehmer an sie mit ihren Aufträgen herantreten, um so bessere Preise zu erzielen. Diejenigen, die seinen Worten trauten, waren aber die Gepesteten, denn Hahlwig hatte inzwischen schon seinen Werkführer fortgeschickt, Aufträge einzuholen. — Seinem Haß gegen den Verband läßt Herr Hahlwig bei jeder Gelegenheit die Zügel schießen. So hat er kürzlich den Bevollmächtigten der Zahlstelle Ronitz angerepelt und seinem Herzen in Schimpfereien über den Verband Luft gemacht. Wir wollen ihm dieses Vergnügen gönnen; den Kollegen in Wansburg und ganz besonders den bei der Firma Hahlwig beschäftigten rufen wir zu: Steht ein in den Verband! Dann wird es uns möglich sein, unsere Rechte zu wahren.

Weimar. Die Firma Otto Gezer, Holzpflege- und Holzbearbeitungs-Wkt.-Ges. hat eine ganz eigene Manier, sich unbequemer Arbeiter zu entledigen. Ein Kollege, der schon seit 2 Jahren in dem Betrieb beschäftigt war, erhielt kürzlich die schriftliche Mitteilung, daß sein Stundenlohn vom gleichen Tage ab nur 34 Pf. betrage, während er seit-her 42 Pf. erhalten hatte. Wenn er sich damit nicht einverstanden erklärte, heißt es auf dem Bettel weiter, so sei ihm gekündigt. Selbstverständlich zog es der Kollege vor, aufzuheben, wobei ihm von der Firma auf dem Entlassungsschein bestätigt wurde, daß er sich gut geführt habe und Pünktlichkeit und Leistungen lobenswert gewesen seien. — Die übrigen Kollegen schütteln ob dieses Vorganges verwundert die Köpfe, sie können sich aber nicht entschließen, der Organisation beizutreten, um sich gegen solche Maßnahmen zu schützen. Möge dieser Fall dazu beitragen, sie aufzurütteln.

Weißensee. Wohl kaum hat die Krise einen zweiten Ort so schwer heimgesucht wie Weißensee. Von den 105 Betrieben des Ortes ist wohl nicht einer, der nicht eine Verminderung des Personals aufweist. Die großen Betriebe der Holzindustrie stehen fast leer. Arbeiterentlassungen bis auf ein Drittel des bisherigen Bestandes sind durchschnittlich zu konstatieren. In den kleinen Betrieben arbeitet der Meister vielfach mit den Lehrlingen allein, nur wenige Werkstätten sind vorhanden, die annähernd den normalen Beschäftigungsgrad aufweisen. Die Ursache dieser außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit ist wohl hauptsächlich in dem Umstand zu suchen, daß in Weißensee vornehmlich die halbederten Möbel angefertigt werden, die von der minderbegüterten Bevölkerung gekauft werden. Die Kaufkraft dieser Volksschichten jedoch ist bei der allgemeinen wirtschaftlichen Misere stark gesunken. Die Konkurrenz auswärtiger Fabriken, die mit langer Arbeitszeit und niedrigen Löhnen wirtschaften, tut das übrige, einem vordem blühenden Industriezweig den Garaus zu machen. Selbstverständlich ist diese Kalamität nicht ohne Einfluß auf unsere Zahlstelle geblieben. Anfang des Jahres 1906 betrug die Mitgliederzahl 850 und stieg binnen Jahresfrist auf 1150. Die Auszuzerung im Januar 1907 brachte jedoch innerhalb acht Tagen die Hälfte der Mitglieder aufs Pflaster. Von diesem Schlag haben sich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer noch nicht wieder erholt. Fortdauernder Arbeitsmangel ist aus den Betrieben nicht zu verbannen gewesen. Die Kollegen haben deshalb in Berlin und anderwärts Arbeit suchen müssen, ein beträchtlicher Teil ist abgewandert. Die Zahlstelle umfaßt jetzt, trotz 180 Neuaufnahmen für den Zeitraum vom 1. Juni 1908 bis 1. Juni 1909, insgesamt nur 603 Mitglieder. Diesen Zustand verursacht die Abwanderung von während gegen die Verwaltung der Zahlstelle Vorwürfe gegen ihn den punktierten Nachweis in der Gesamtzahl in Berlin, der ja außerordentlich stark von den Kollegen der Holzarbeiterzeitung bestritten wird, geeignet, bössartige Verleumdungen über die Weißenseer Verwaltung auszustreuen. Das Gehalt des Angestellten ist hauptsächlich Gegenstand ihrer Fabulierung. Derselbe bekommt, trotzdem er Kasse, Nachweis und alle sonstigen Verwaltungsarbeiten zu erledigen hat, nur das Gehalt der Berliner Hilfsarbeiter. Mögen sich die Interessenten dieses merken, ebenso die Tatsache, daß die gesamte Verwaltung sich im besten Einbernehmen mit demselben befindet. Der Grund dieser Angriffe besteht in der Hauptsache darin, daß die Verwaltung sich unbedingten Unterstützungsansprüchen gegenüber nicht nachgiebig gezeigt hat, da verschiedene Kollegen glauben, die Sorge für ihre Existenz ganz auf den Verband abwälzen zu müssen. Der eigenen Kraft vertrauen sie nicht mehr; ihr alles erstörender Pessimismus wird darum auch weniger gefestigten Kollegen in hohem Grade gefährlich. Zu diesem Uebel gesellt sich noch ein zweites: Von einer beträchtlichen Anzahl Berliner Kollegen wird, seit der Anregung der Verschmelzungsfrage, unter den in Berlin arbeitenden Kollegen von Weißensee auf das lebhafteste für den Uebertritt nach Berlin agitiert. Werkstattdeschlüsse, wonach alle Kollegen Berlin angehörig sein müssen, werden geltend gemacht. Unsere Stellung zur Verschmelzung ist bekannt, wir sind nicht abgeneigt. Jedoch müssen zuvor eine Reihe höchst wichtiger Fragen, obenan die Arbeitsvermittlungsfage, gelöst werden. Außerdem ist ja nicht nur die Einberlebung Weißensees, sondern auch der übrigen Vororte in die Wege zu leiten. Die ganze Angelegenheit liegt in den Händen des Vorstandes; es ist daher höchst unrecht, in solch läppischer Weise den Dingen vorzugreifen. Eine Schwächung der Vorortzahlstellen beeinträchtigt doch deren Aktionsfähigkeit, und ein Verlust von 50 Mitgliedern macht sich hier ganz empfindlich bemerkbar, während solche Zunahme für Berlin bedeutungslos ist. Berlin möge seinen Mitgliederbestand aus den Unorganisierten erhöhen. Wir behaupten, die Zahlstelle Berlin ist in hohem Grade an der Wehrhaftigkeit der Vorortzahlstellen interessiert, weil ja eine große Zahl ihrer Mitglieder dort arbeitet und den Gehalt der dortigen Verwaltungen doch auch genießt. In Weißensee z. B. arbeiten circa 400 Berliner Mitglieder, von denen etwa 100 Maschinenarbeiter sind, letzteren ist

Durch Branchenbeschluß untersagt, anderen Zahlstellen beizutreten oder Sektionen zu bilden. Die Folge dieses einengenden Beschlusses ist, daß die Hälfte, unter dem Vorgeben, zu Berlin zu gehören, unorganisiert und unkontrollierbar herumgeht. Irrendweldche Aufschlüsse über Vorgänge unter den hiesigen Maschinenarbeitern können wir nur auf dem Umwege über Berlin von der dortigen Branchenleitung bekommen. Die Zustände sind unerträglich und zwingen die Verwaltung, einmal an dieser Stelle das Wort zu nehmen, in der Hoffnung auf baldige Abhilfe. Unseren Kollegen aber möchten wir zurufen: Laßt Euch nicht von stumpfem Gleichmut übermannen, es werden in Kürze wieder bessere Zeiten kommen, wo wieder Arbeit in Weißensee zu finden ist und unsere Zahlstelle wieder floriert. Alles, was jetzt gleichgültig preisgegeben ist, wird dann schmerzlich vermißt werden. Die Organisation erweist sich wiederum als die wertvollste Habe und Stütze der deutschen Arbeiterschaft. An ihr haltet fest, dann wird nicht nur der Not, sondern auch der Demoralisierung gesteuert werden.

Sterbetafel.

- Apollonius Anieps, Schreiner, geb. 28. September 1851 zu Uhrweiler, gest. 25. Mai 1909 zu B. l. n.
- Franz Reingruber, Stellmacher, geb. 28. März 1872 zu Simonsfeld, gest. 26. Mai 1909 zu B. l. n.
- Heinrich Scharpenberg, Schreiner, geboren 15. Juni 1851 zu Wesel, gest. 28. Mai 1909 zu B. l. n.
- Heinrich Fischer, Pinselmacher, geb. 10. Mai 1878 zu Nürnberg, gest. 28. Mai 1909 ebenda.
- Adolf Fuller, Tischler, geb. 17. Februar 1872 zu Frankfurt a. M., gest. 22. Mai 1909 ebenda.
- Christian Klapper, Tischler, geb. 22. Oktober 1850 zu Laubusch-Gschbach, gest. 20. April 1909 zu Frankfurt a. M.
- Johann Schulz, Tischler, geb. 1. Januar 1872 zu Oberwöllstadt, gest. 21. April 1909 ebenda.
- Philipp Durin, Tischler, geb. 11. September 1887 zu Garheim, gest. 4. Mai 1909 ebenda.
- Christian Schröder, Schiffszimmerer, geb. 22. Dezember 1882 zu Oslebshausen, gest. 23. Mai zu Bremen.
- Heinrich Schüller, Tischler, geb. 1. Juli 1867 zu Augustfehn, gest. 26. Mai zu Bremen.
- Otto Grobe, Tischler, geb. 13. November 1874 zu Weimar, gest. 28. Mai zu Bremen.
- Jakob Kösch, Maschinenarbeiter, geb. 25. Oktober 1873 zu Müdingen, gest. 18. Mai 1909 zu Stuttgart.
- Karl Falkenstein, Klavierarbeiter, geb. 3. Februar 1876 zu Kirchheim u. T., gest. 19. Mai 1909 zu Stuttgart.
- Christian Görcher, Maschinenarbeiter, geb. 11. Oktober 1851 zu Möckmühl, gest. 1. Juni 1909 zu Stuttgart.
- Chr. Bademeier, Tischler, gest. 29. Mai 1909 zu Minden.
- Fritz Ahlers, Tischler, geb. 21. November 1849 zu Nadorf, gest. 7. Juni zu Bremen.
- Wilhelm Schröder, Tischler, geb. 28. Januar 1876 zu Hettstedt, gest. 7. Juni 1909 zu Gottleuba.
- Franz Hans, Tischler, geb. 6. September zu Obergrünshwiz, gest. 8. Juni 1909 zu Braunshweig.
- Bernhard Krösel, Modelltischler, geb. 15. Mai 1855 zu Nordhausen, gest. 15. Juni 1909 zu Braunshweig.
- Johann Rindermann, Schreiner, geb. 20. September 1867 zu Georgswalde, gest. 20. Mai 1909 zu Augsburg.
- Gottfried Müller, Schreiner, geb. 3. Juni 1877 zu Augsburg, gest. 9. Juni 1909 ebenda.
- Hermann Jessen, Modelltischler, geb. 19. Juli 1881 zu Hensburg, gest. im Juni 1909 ebenda.
- Gustav Lindner, Möbelpolierer, geb. 13. Oktober 1868 zu Christiania, gest. 13. Juni 1909 zu Linden-walde.
- Gustav Wauke, Tischler, geb. 6. Januar 1858 zu Rawitzsch, gest. 1. Juni 1909 zu Breslau.
- Heinrich Gröber, Tischler, geb. 16. Mai 1878 zu Leipzig-Gohlis, gest. 13. Juni 1909 ebenda.
- Klara Ziegler, Arbeiterin, geb. 8. Juni 1886 zu Weidensee, gest. 12. Juni 1909 zu Nürnberg.
- August Lutz, Kropfmacher, geb. 23. Januar 1863 zu Neustadt, gest. 12. Juni 1909 zu Schmöllen.

Chreihrem Andenken!
Die Lokalverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Fürstentum dauert der Streit der Tischler fort. Die Meister bemühen sich unter der Führung des Herrn Küster, Tischler, besonders aus Rosen, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hierher zu locken. Der Mut der Streikenden ist aber ungebrochen, und sie werden den Kampf zu einem stetigen Ende führen, welches hoffentlich bald eintritt. Wie es um die Meister steht, kann man daraus erkennen, daß der Tischlermeister Richard in Bedenbrück, der Streikarbeit nach hier liefert, seinen Arbeitern den fälligen Lohn nicht auszahlen konnte, so daß diese wohl noch werden klagen müssen. Der Zug von Tischlern nach Fürstentum ist unbedingt fernzuhalten.

In Glückstadt haben in der Möbelwerkstatt von W. Brader unsere drei Kollegen die Arbeit eingestellt. Herr W. hat vor kurzem eine neue Sorte Kommoden eingeführt, 10 Zentimeter niedriger und 4 Zentimeter kürzer wie die bisher üblichen Sorten und wollte dafür 50 Pf. pro Stück weniger zahlen. Unsere Kollegen wollten einen Abzug von 30 Pf. akzeptieren. Da aber Herr W. auf einem solchen von 50 Pf. bestand, blieb den Kollegen nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzuliegen. Zugung ist fernzuhalten.

In Ramenz in Sachsen haben die Kollegen ihren Meistern Forderungen unterbreitet. Wie zurückgeblieben die Verhältnisse in Ramenz sind, ist daraus zu ersehen, daß dort erst die 61stündige Arbeitszeit gefordert wird, trotzdem hat die Forderung diese Forderung abgelehnt und steht ein Teil der Kollegen in Kündigung. Einige Meister haben trotz des Sannungsbeschlusses bewilligt und ist in

Balde eine Einigung zu erwarten. Immerhin bitten wir, Kamenz zu meiden.

Zu Raitz i. Westpr. befinden sich die Kollegen seit sechs Wochen im Lohnkampf. Ein Einigungsversuch des Bürgermeisters war erfolglos. Aus dem Verlaufe der Unterhandlungen war deutlich zu ersehen, daß es sich bei den Unternehmern nur darum handelt, die Kollegen vom Deutschen Holzarbeiterverband wegzubringen.

Zu Rottbus hat die Tischlerinnung bereits im Januar dieses Jahres den Tarifvertrag zum 1. Juli gekündigt. Einige Meister der Innung tun jetzt noch ein weiteres und künftigen ihren Gesellen das Arbeitsverhältnis noch besonders an.

Zu Lübeck haben die bei den Innungsmeistern beschäftigten Stellmacher einen schönen Erfolg errungen. Sie hatten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde verlangt.

Zu Raumburg legten am 14. Juni in der Werkstatt von Mühl 19 von den 21 dort beschäftigten Tischlern die Arbeit nieder, nachdem der Unternehmer jede Verhandlung mit dem Arbeiterausschuß scharf abgelehnt hatte.

Zu Neugersdorf in Sachsen sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Obgleich die Arbeitsbedingungen gegen die Verhältnisse in dem nahen Zittau wesentlich zurückstehen, ist doch ein Kampf nicht ausgeschlossen, und bitten wir die Kollegen, Neugersdorf jetzt zu meiden.

Zu Nürnberg wird der Streik der Schreiner, wie wir den Zeitungsnachrichten entnehmen, mit unermindelter Schärfe weitergeführt. Ueber den augenblicklichen Stand der Bewegung können wir aber leider keine Mitteilung machen, da die Nürnberger Streikleitung die Berichterstattung an das Verbandsorgan anscheinend nicht für erforderlich hält.

Zu Schwenningen wurde an die Firma Gebr. Lauffer, Möbelfabrik, ein Arbeitsvertrag eingereicht, um die dort herrschenden Mißstände, besonders in bezug auf Akkordarbeit, zu einer zeitgemäßen Regelung zu bringen. Die aufgestellten Forderungen sind äußerst bescheiden: Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde für gelernte Arbeiter über 21 Jahr nebst den allgemein üblichen Vertragsbestimmungen.

Zu Strelitz i. M. ist der Streik der Tischler erfolgreich beendet. Bewilligt wurde die zehnstündige Arbeitszeit und ab 1. Juli eine Lohnerhöhung um 3 1/2 Pf. pro Stunde.

Zu Würzburg ist die Aussperrung der Schreiner nach langwierigen Unterhandlungen am Gewerkebegehr beendet worden. Wenn auch kein großer Erfolg zu verzeichnen ist, so bringt uns doch der nunmehr abgeschlossene Vertrag wesentliche Verbesserungen gegenüber den Bedingungen, die uns der Schuberband vom Anfang an aufzwingen wollte.

Ausland.

In Wien ist im Stand der Aussperrung der Tischler, Tapezierer und Maschinenarbeiter eine Milderung nicht eingetreten. Einige Unternehmer haben wohl die Forderungen der Arbeiter bewilligt, jedoch die Mehrzahl will noch nichts davon wissen.

hat den Versuch gemacht, einen Unternehmer, welcher Mitglied der Vereinigung war, zu verklagen, weil in seinem Betriebe unter den neuen Bedingungen gearbeitet wird. Der Unternehmer hat nämlich das Geschäft seinem Sohn übergeben, welcher die Forderungen bewilligte, und nun fleißig arbeitet, während der Herr Papa als Mitglied der Vereinigung die anderen Unternehmer kontrollieren ging, damit diese nicht arbeiten.

Aus der Holzindustrie.

Ein Streifzug durch die zweite Musikfachausstellung zu Leipzig.

Az. Die kapitalistische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß die Zahl der Ausstellungen von Jahr zu Jahr größer wird und Preise, welche früher aus Konkurrenzfurcht nicht zu bewegen waren, ihre Produkte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, haben diese Bedenken abgelegt und sind zu eifrigen Befürwortern derartiger Veranstaltungen geworden.

Ein Rundgang durch die Abteilung der Flügel, Pianos und Harmoniums zeigt uns die ganz gewaltige Entwicklung der Industrie. In fast allen Holzarten und Farben-Tönen von Horn bis Ebenholz, angelegt mit kunstvollen Intarsien, präsentiert sich dieser Teil der Ausstellung.

Die in prunkenden Glasbehältern untergebrachten Fabrikate der Mechanikerbranche, welche in einer ganzen Reihe von Patenten vertreten sind, lassen nicht erkennen, daß diese feingliederten, blühsauberen Sachen von Arbeitern und Arbeiterinnen hergestellt werden.

Den Clou der Ausstellung bilden zweifellos die Erzeugnisse der Firma Ludwig Gupfeld N.G. Leipzig, im Grunde genommen auch nur mechanische Musik, allerdings in höchster Vollendung. Wir finden hier den Phonographen, welcher an jedem beliebigen Klavier angebracht werden kann und dann selbsttätig die von Meistern der Tonkunst vorgetragene und auf Papiernoten reproduzierten Musikstücke täuschend ähnlich wiedergibt.

Einen Triumph der Technik sehen wir weiter in der nach jahrhundertlangem Experimentieren zur Tatsache gewordenen selbstspielenden Geige. Das Instrument trägt den Namen Violina-Phonolista und vereinigt in geschickter Anordnung Klavier- und Geigenspiel, doch kann man auch beliebig den einen oder den anderen Teil ausschalten.

Ueber dem Klavier befinden sich in einem Gehäuse 6 Geigen, um welche sich ein Meisen bewegt, welcher an seiner Innenseite mit Hochhaaren bespannt ist, also gleich-

sam einen kreisförmigen Geigenbogen darstellt, und durch seine Umdrehungen das Streichen der Saiten erzeugt. Die zu den verschiedenen Tonlagen nötigen Fingergriffe auf den Saiten besorgen hinreichend konstruierte mit Leder überzogene Taster, welche von dem mit Saugluft versehenen Mechanismus je nach Bedarf an die Seite gedrückt werden.

Wir wandern weiter und befinden uns in der Abteilung der Streichinstrumente. So interessant es ist, sich die Jahrhunderte alten Meistergeigen und Cellas, welche verriegelt in verschlossenen Schränken aufbewahrt werden und Werte von 4000—60 000 Mk. repräsentieren, zu betrachten und dabei der „alten schönen Zeit“ zu gedenken, sehen wir im nächsten Augenblicke ein anderes Bild, was uns moderne Menschen noch mehr fesselt.

Die meiste Beachtung verdient die Tatsache, daß es möglich ist, durch Spezialmaschinen die Deckel und Böden der Violinen auf beiden Seiten hohl oder rund zu fräsen, wodurch dieselben genau die nötige Form und Holzstärke erhalten, eine Entwicklung der Maschinenteknik, wie man sie vor einigen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätte. Selbstverständlich werden auch die übrigen Teile maschinell angefertigt, so daß die Firma instande ist, pro Tag 250 Stück Geigen herzustellen.

Diese Entwicklung stellt auch uns als organisierte Holzarbeiter die Aufgabe, die Geitarbeiter über ihre Lage aufzuklären und der Frage der Organisierung der Arbeiterinnen unsere erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach den Berichten des „Mitteldeutschen Blattes“ war im Monat Mai die Beschäftigung in der Berliner Möbelfabrikation immer noch sehr flau, zum Teil sogar schlechter wie im Vormonat, während sich ein süddeutscher Bericht zufriedenstellend ausdrückt.

Eine noble Firma. Wir lesen in der „Schwäbischen Tagwacht“: Letzte Woche feierte, wie wir berichtet haben, die Pianofabrik Schiedmayer u. Söhne das hundertjährige Bestehen der Firma. Aus diesem Anlaß wurde das Personal am Jubiläumstage von der Arbeit dispensiert und mit je einem Geldgeschenk von 5 bis zu 20 Mk., nach der Länge ihres Dienstverhältnisses, bedacht.

Der Dänische Tischlerverband hat seinen Vorstehenden gewechselt, nachdem der jetzige Vorstehende, Kollege Carl Gran, das Amt des Sekretärs bei der Generalkommission der dänischen Gewerkschaften übernommen hat.

Die Rheinischen Pianofortefabriken, A.-G., vorm. G. Mand in Köln sind auf ein recht ungünstiges Geschäftsjahr zurück. Der Bruttogewinn ist von 293 644 Mark auf 177 797 Mk. zurückgegangen. Andererseits erforderten die Inkosten den verhältnismäßig sehr hohen Betrag von 104 666 Mk. (im Vorjahr, einschließlich 30 165 Mk. Gründungskosten, zusammen 78 870 Mk.).

der Vortrag aus dem Vorjahr zu einem großen Teil aufgezogen wird. In der Generalversammlung wurde an den Maßnahmen des Vorstandes scharfe Kritik geübt. Ein Aktionär führte aus, es sei ein großer Fehler gewesen, den alten Namen Mand aufzugeben und die jetzige Firmenbezeichnung dafür zu wählen. Dann sei zu viel an den Instrumenten und Modellen herumversucht worden. Eine schlechte Einrichtung sei es, jetzt billige Instrumente auf den Markt bringen zu wollen. Als andere Fabriken ihren Betrieb und die Zahl der Arbeiter einschränkten, habe man hier gerade mehr Leute eingestellt. Die Materialien habe man nicht ausnutzen können, deshalb seien jetzt die enormen Holzvorräte da, und weitere Abschlüsse liefen noch. Interessant ist die Antwort, welche Direktor Kappeler auf diese und andere Bemängelungen erteilte. Er meinte, die Abschlüsse der Fabrik würden sich günstiger gestalten, da die Arbeitslöhne billiger geworden seien, und das neue Modell Weifall gefunden habe. Die alten Mand-Instrumente sollen auch fernerhin hergestellt werden. — Der Versuch, ein schlechtgehendes Unternehmen durch billige Arbeitslöhne zu sanieren, ist doch ein verzweifeltes Mittel, das auf die Dauer keinen Erfolg verspricht.

Gewerkschaftliches.

Auf dem Verbandstag der Glaser

wurde, wie wir schon in unserer Nr. 17 festgestellt haben, der Anschluß an den Deutschen Holzarbeiterverband mit Mitteln bekämpft, die als anständig nicht bezeichnet werden können. Wenn die Glaser ihre Selbständigkeit behalten wollen und den Uebertritt zum Holzarbeiterverband ablehnen, so ist das ihr gutes Recht, und wir sind die letzten, die ihnen daraus einen Vorwurf machen. Entschieden zurückzuweisen ist es jedoch, wenn, um den Anschluß zu verhindern, die andere Organisation mit Schmutz beworfen wird. Dieses Mittel hat man sich auf dem Verbandstag der Glaser in sehr ausreichendem Maße bedient. Das kommt in dem jetzt vorliegenden Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages viel deutlicher zum Ausdruck, als es in dem kurzen Zeitungsbericht der Fall war. Wir sehen uns deshalb genötigt, noch einmal auf diese Dinge einzugehen.

Der zu der Frage des Anschlusses bestellte Korreferent Krenkel-Leipzig hat anscheinend reichlich Material über den Holzarbeiterverband gesammelt, welches er sich aber so zurechtlegte, daß ein durchaus wahrheitswidriges Bild von unserer Organisation zustande kam. Es ist ja nicht möglich, an dieser Stelle alle Unrichtigkeiten und Schiefheiten einzurennen, die dort an den Mann gebracht wurden; wir müssen es deshalb bei einer kleinen Blütenlese bewenden lassen. Auf Seite 96 des Protokolls spricht Krenkel vom „großen Holzarbeiterverband, der vom Unternehmertum nahezu ausgeschaltet ist, wie der Abschluß der Tarifverträge beweist“, und auf derselben Seite zählt er die Erfolge des Glaserverbandes auf, „die aber erst dann zur vollen Geltung kommen, wenn wir ihnen die Erfolge des Holzarbeiterverbandes gegenüberstellen“. Es liegt uns natürlich fern, in einen Streit darüber einzutreten, welche Organisation auf dem Gebiete der Lohnbewegungen mehr geleistet hat. Der Redner aber, der dieses Urteil über den Holzarbeiterverband fällt, hat entweder die Geschichte unserer Tarifbewegung nicht studiert, oder er verfügt über einen so beschränkten Horizont, daß ihm das Verständnis für diese Kämpfe abgeht.

Das hindert ihn aber nicht, sich den Anschein zu geben, als könne er die Dinge sehr genau und seinen Zuhörern direkte Unwahrheiten zu erzählen. Er spricht von unseren Kämpfen im Jahre 1907. Nach seiner Darstellung hätten sie sich so abgespielt, daß die Unternehmer den Vertrag gesündigt und zugleich einen neuen unterbreitet hätten, der ganz erhebliche Verschlechterungen enthielt. Im Mai wurde dann Friede und gleichzeitig ein neuer Vertrag geschlossen, der „fast alle Verschlechterungen enthält, die jener (Unternehmerentwurf) aufzuweisen hatte“. Der gute Herr Krenkel kann sich nicht enthalten, seiner Verwunderung über die Bescheidenheit der Arbeiter Ausdruck zu geben, die mit den vom Holzarbeiterverband abgeschlossenen Verträgen beglückt wurden.

Nicht nur die Taktik und die Erfolge bei unseren Lohnbewegungen wurden in dieser „sachkundigen“ Weise einer „vernichtenden“ Kritik unterzogen, unser Kritiker beschäftigte sich auch mit den Massenverhältnissen des Holzarbeiterverbandes. „So hat sich der Korreferent, jedenfalls von jemand, der ebenso schlau ist wie er, sagen lassen, daß nach der Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verband „schon im zweiten Quartal 1906 mit einem Defizit von 155.000 Mk. zu rechnen war“. Der sachkundige Hauptkassierer Schmidt des Glaserverbandes weiß darüber noch mehr; in der Diskussion erklärte er: „Ich konstatiere, daß der Holzarbeiterverband heute froh wäre, wenn er die Krankenunterstützung wieder hätte, denn er hat damit ziemlich Piaslo gemacht. Die Unterstützungssätze sind nichts als Nasenwasser.“ Allerdings Achtung vor dieser Sorte Kritiker, die solche Urteile anmaßen über die Dinge, die sie nicht verstehen, während es ihnen doch recht leicht gewesen wäre, sich zutreffend zu unterrichten.

Krenkel erzählt dann weiter, daß im Holzarbeiterverband im vorigen Jahre erklärt werden konnte: „Wir haben noch 200.000 Mk. Schulden.“ Das hat ihm jedenfalls derselbe Gewährsmann erklärt, der ihm den Varen mit dem Defizit bei der Arbeitslosenunterstützung aufgebunden hatte und dem er auch wohl die Entbedung verdankt, daß der Holzarbeiterverband gezwungen ist, „schon vor einem Kampf Extrabeiträge zu erheben“. Krenkel

hat aber auch selbst Druckfachen des Holzarbeiterverbandes studiert und mit vielem Fleiß aus den Ergebnissen unserer letzten Statistik einige Orte mit den schlechtesten Löhnen und der längsten Arbeitszeit herausgesucht, die er triumphierend zum besten gibt zur Stütze seiner Behauptung, daß es bei den Holzarbeitern noch ganz schlechte Arbeitsbedingungen gibt. Dieser Beweis ist also glänzend gelungen; so glänzend, daß ein Diskussionsredner sagen konnte: „Die Manier Krenkels erinnert an den Reichsverband.“

Schwere Anklagen werden gegen den Holzarbeiterverband erhoben auch in bezug auf die Behandlung der kleineren Branchen, die in ihm vertreten sind. „Der Holzarbeiterverband kümmert sich um die einzelnen Branchen überhaupt nicht.“ „Der Geist der Machtausnutzung lastet schwer auf den Branchen, und daher ist es auch ganz selbstverständlich, daß sie sich nicht recht entwickeln können und an Mitgliedern abgenommen haben.“ Sätze von ähnlichem Kaliber finden sich noch mehrere in der Rede. Wie sehr sie begründet sind, zeigen die nachstehenden Zahlen. Unter den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes waren Bürstenmacher im Jahre 1894 = 943, 1908 = 3298; Drechsler einschließlich der Spezialbranchen 1894 = 2044, 1908 = 8205; Korbmacher 1896 = 827, 1908 = 2205; Korfschneider 1899 = 173, 1908 = 209; Stellmacher 1894 = 876, 1908 = 4248. Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Aber Krenkel beruft sich auf die Berichte der Zentral-Kommissionen der Bürstenmacher und der Drechsler, von welchen er behauptet, daß in ihnen „ausdrücklich zugegeben ist, daß der Hauptvorstand die Agitation durch die Gauvorstände ablehnt, ebenso die Berufsagitation, weil ein Berufscolleg zu teuer käme“. Der gute Mann hat sich die Freiheit genommen, diese Behauptungen aus den eigenen Fingern zu saugen.

Das Protokoll vom Verbandstag der Glaser enthält noch manche Wendungen, gegen welche wir im Interesse unserer Organisation Einspruch erheben müßten, wir wollen es aber mit dem Gesagten genug sein lassen. Im Mißverständnis vorzubeugen, wiederholen wir nochmal, daß wir es dem Glaserverband in keiner Weise berargen, daß er seine Selbständigkeit zu wahren bestrebt ist. Es muß aber als durchaus unzulässig bezeichnet werden, daß man dort andere Organisationen aus Färschlichkeit oder auch wohl absichtlich mit Schmutz bewirft. Es ist kein Ruhmesstiel, wenn einem Referenten auf dem Verbandstag mit Recht nachgesagt wird, daß er in der Manier des Reichsverbandes arbeite.

Der „Korrespondent“, das Verbandsorgan der Buchdrucker, sollte nach einem Beschluß des letzten Verbandstages der Organisation von Leipzig nach Berlin, als dem Sitz des Verbandsvorstandes verlegt werden. Nunmehr hat eine Gauvorstandskonferenz des Verbandes beschlossen, von der Durchführung dieses Beschlusses vorerst Abstand zu nehmen, und die Angelegenheit der nächsten Generalversammlung zur erneuten Beschlußfassung zu unterbreiten.

Der Handschuhmacherverband gibt zum 1. Juli seine selbständige Existenz auf, um sich mit dem Ledearbeiterverband zu verschmelzen. Damit verschwindet eine der ältesten deutschen Gewerkschaften, die auf eine vierzigjährige Geschichte zurückblickt. Im Jahre 1869 wurde der Handschuhmacherverband gegründet, und er beschäftigte sich in den ersten Jahren seines Bestehens so ausschließlich mit den ersten Berufsfragen, daß er zu den wenigen Arbeitervereinigungen gehörte, die dem Sturmwind des Sozialismus nicht anheimgegeben wurden. In seiner letzten Annahme bringt das Verbandsorgan „Der Handschuhmacher“ einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Organisation und führt im Anschluß daran die Namen von 14 Mitgliedern auf, die dem Verband seit dem Jahre 1869 ununterbrochen angehört haben.

Der Lithographenverband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1908 von 16.636 auf 16.836 gesteigert. Die Lehrlingsabteilung des Verbandes, welche am 1. März 1908 gegründet wurde, hat sich recht gut entwickelt; sie zählte am Schluß des Jahres 3145 Mitglieder, die übrigens in der Zahl der Verbandsmitglieder nicht eingegriffen sind. Das Gesamtvermögen des Verbandes einschließlich der Lehrlingsabteilung betrug am Jahresschluß 454.816 Mk.

Der Verband der Sattler und Portefeuller, der sich aus den seitherigen Sonderorganisationen der beiden Berufe gebildet hat, nimmt am 1. Juli seine Tätigkeit auf. Zu gleicher Zeit erscheint als neues Gewerkschaftsorgan die „Sattler- und Portefeuller-Zeitung“, welche an Stelle der seither erschienenen Verbandsorgane, der „Sattler-Zeitung“ und der „Portefeuller-Zeitung“ tritt.

Der 6. Verbandstag des Transportarbeiterverbandes tagte vom 7. bis 11. Juni in München. Sehr viel Zeit nahm die Diskussion über die Frage einer einheitlichen Organisation der Transportarbeiter in Anspruch. Bisher bestanden mit den Verbänden der Seeleute und Hafenarbeiter Kartellverträge, die aber nach vorausgegangenen Zwistigkeiten aufgehoben wurden. Nach einer lebhaften Debatte, an der sich auch die Vorstände der genannten Nachbarorganisationen beteiligten, wurden Resolutionen angenommen, wonach eine einheitliche Organisation aller Transportarbeiter zu erstreben sei. Da auch die Seeleute kürzlich auf ihrer Generalversammlung eine ähnliche Resolution angenommen haben, dürfte der Zusammenschluß gesichert sein. Von den weiteren Beschläffen der Transportarbeiter ist der bemerkenswert, wonach in Zukunft den jugendlichen Mitgliedern neben dem Verbandsorgan auch die „Arbeiterjugend“ geliefert werden soll.

Jede Zahlstellenverwaltung sollte mindestens ein Exemplar des Fachblatt für Holzarbeiter für die Zahlstellenbibliothek abonnieren.

Soziale Rechtspflege.

Wie lange ein Arbeiter auf seine Unfallrente warten muß! □ Die Lobredner unserer Versicherungs-gesetzgebung bestreiten immer, daß die Unfallverletzten so lange auf ihre Rente warten müssen. Hierfür wieder ein Beleg:

Der Vater eines Bäckermeisters im Lannusdorfer N. wollte im Mai 1904 Holz aus dem Walde holen und wurde dabei von seinem eigenen Fuhrwerke überfahren und schwer verletzt. Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft weigerte sich, die Rente zu zahlen, weil ja das Holz für die Bäckerei verwendet werden sollte, die Landwirtschaft nur 13 Morgen umfasse. Auch das Schiedsgericht wies die Verantwortung ab, da die Bäckerei nicht als Nebenbetrieb der Landwirtschaft anzusehen sei. Das Reichsversicherungsamt entschied jedoch zugunsten des Verletzten, weil derselbe: „überwiegend in der Landwirtschaft seines Sohnes, in geringerer Umfange in dessen Bäckerei tätig“ gewesen sei. Die Berufsgenossenschaft sei deshalb verpflichtet, den Unfall zu entschädigen, weil die Tätigkeit, bei welcher der Unfall sich ereignet habe, der Landwirtschaft diene.

Im Jahre 1904 ist der Unfall passiert und im November 1908 wurde endlich das ersöhnende Urteil verkündet. Damit war jedoch der Fall noch nicht erledigt. Umständlich wurden erst noch verschiedene Obergutachten von Spezialärzten über die Erwerbsbeschränkung des Verletzten eingeholt, die herausfanden, daß derselbe schon vor dem Unfall um 20 Proz. beschränkt gewesen sei! Deshalb erhält der Alte heute nach fast fünfjähriger Wartezeit eine Monatsrente von 8,80 Mk., obwohl er Invalide ist!

Krankengeld ohne Arztattest.

□ Die kampflustigen Ärzte waré bislang der Meinung, daß kein Pfennig Krankengeld von den Krankenkassen ohne ihre Bescheinigung ausgezahlt werden könnte. Die Kranken und die Kassenverwaltungen schlossen sich der Ansicht an und hielten sich nur an das Arztattest. Ganz anderer Auffassung ist jedoch die Aufsichtsbehörde zu Frankfurt am Main, welche folgende Entscheidung fällte, die eine Umwälzung in der Kassenpraxis zur Folge haben kann.

Bei dem Bureauhilfsarbeiter J. K. trat am 12. November 1908 eine Schwellung der rechten Gesichtshälfte ein, die sich bald derart verschlimmerte, daß K. vom 14. bis einschließlich 18. November 1908 an der Wahrnehmung seines Dienstes verhindert war.

In der Annahme, daß es alsbald nach Ablauf der im Kassenstatut festgesetzten Karenzzeit seinen Dienst wieder aufnehmen könne, und die Behandlung mittels Ausschläge mit Kamillentee genügen würde, zog K. einen Arzt nicht zu Rate.

Beschwerdeführer beantragt, die Allgemeine Ortskrankenkasse zur Gewährung von Krankengeld zu verurteilen. Er beruft sich auf die Zeugnisse seiner Mitarbeiter sowie auf die Angaben eines weiteren Zeugen.

Die Kasse hat Abweisung der Beschwerde beantragt, indem sie geltend macht, daß nach § 22 Abs. 1 des Kassenstatuts die Zahlung von Krankengeld nur auf Grund eines von einem Kassenarzt ausgestellten Krankenscheines erfolgen könne.

Gemäß § 6 bzw. 20 Abs. 1 des Krankenversicherungs-gesetzes wird Krankengeld im Falle der Erwerbsunfähigkeit gezahlt. In welcher Weise die Erwerbsunfähigkeit nachzuweisen ist, darüber enthält das Krankenversicherungs-gesetz keine näheren Vorschriften. Es genügt hiernach, wenn die mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheit in irgendeiner Weise von dem Erkrankten dargetan wird, wofür ihn allerdings die Beweislast trifft.

Die obengenannte Bestimmung des Kassenstatuts kann somit für die Beurteilung des vorliegenden Streitfalles nicht ausschlaggebend sein, denn der Kasse kann nicht das Recht zugestanden werden, die Gewährung des Krankengeldes von anderen, als den gesetzlichen Bedingungen abhän-gig zu machen (Entscheidung des Landgerichts Düsseldorf vom 8. Juli 1897, Arbeiterversorgung 15, Seite 119, auch Entscheidung des Badischen Verwaltungsgerichts vom 14. April 1894, Arb. 12, S. 11.).

Der Anspruch des K. hängt daher nur von der Beantwortung der Frage ab, ob die Erwerbsunfähigkeit in zweifelsfreier Weise nachgewiesen ist. Hierfür können allerdings nicht die subjektiven Klagen des Beschwerdeführers und das Zeugnis von Laien nur ausnahmsweise und nur dann maßgebend sein, wenn sie bestimmte, vom Willen des Kranken gänzlich unabhängige Erscheinungen wahrge-ommen haben, durch welche objektiv das Vorhandensein einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit festgestellt werden kann.

Es steht nun fest, daß K. bereits am 12. und 13. November 1908 während des Dienstes über Kopfschmerzen geklagt hat, und die rechte Gesichtshälfte bei ihm angeschwollen gewesen ist, sowie, daß er in der Zeit vom 14. bis 18. November 1908 seinen Bureaudienst nicht ausgeübt hat. Ferner hatte K. bei dem am 19. November 1908 erfolgten Wiederantritt seines Dienstes noch ein großes Geschwür auf der linken Wange. Durch eine Zeugin, die in der fraglichen Zeit in der Wohnung des K. mit Näharbeiten beschäftigt wurde, ist befundet worden, daß die rechte Gesichtshälfte des K. stark angeschwollen ist und das K. Einspritzungen in das Ohr und Ausschläge mit Kamillentee gemacht hat. Auch sei auf der linken Gesichtshälfte ein Geschwür hinzugezogen, so daß auch diese Seite stark geschwollen gewesen sei.

K. habe unter solchen Umständen keinen Dienst verrichten können. Bei dieser besonderen Sachlage, wo zweifelsfrei erwiesene äußere Erscheinungen einen zwingenden Schluß ergeben, muß der Nachweis der Erwerbs-unfähigkeit für die fragliche Zeit als erbracht angesehen werden, so daß die Kasse zur Zahlung des Krankengeldes verpflichtet erscheint.

